Mittwoch, 14. März 1923. **Einzelnummer 200 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 59.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 4000.—
in den Ausgabestellen 4100.—
durch Zeitungsboten 4200.—
am Postamt 4500.—
ins Ausland 6000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 160.— M. Reklameteil 480.— M.
Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 160.— p. M. , Reklameteil 480.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Deutsche, Franzosen und der Rhein.

Ein schweres Verhängnis trennt die beiden Völker, die an der Vogesenlinie aneinandergrenzen. Beide sind von ganz verschiedener Art, eigentlich berufen, sich vortrefflich zu ergänzen, im Lauf der Geschichte aber stets wie Feuer und Wasser gegeneinander gesinnt. Der Deutsche ernst, schwer, grüblerisch, zäh und individualistisch in politisch vielfach schädlicher Weise, der Franzose leicht, gewandt, gefällig, witzig, ruhmsüchtig und eitel, aber geneigt zur Uniformierung des Denkens und Empfindens. Politisch wurde Frankreich frühzeitig zu einer festen Einheit zusammengeschmolzen. Das zweihundertjährige Ringen mit England auf dem eigenen Boden Frankreichs stärkte das Nationalgefühl und verband alle Franzosen im Stolz auf die eigene Art, der freilich gar bald zur eitlen Anmaßung ausartete. Der Deutsche ist beseelt vom Streben nach Wahrheit, er will um jeden Preis objektiv sein und geht darin soweit, gegen das Eigene ungerecht zu sein, um das Fremde zu überschätzen. Der Franzose legt keinen Wert auf eine solche Objektivität, für ihn hat der Begriff der Wahrheit nichts Suggestives und Gewinnendes. Seinen Zwecken entsprechend, dreht er alles hin und her und weiß mit schimmernden Worten und scheinbarer Logik dem Bedenklichsten ein gutes Ansehen zu geben. Deutlich sieht man dies jetzt wieder an den halsbrecherischen Künsten; mit denen Poincaré und seine Leute die Besetzungen in Deutschland trotz aller Ausschreitungen rechtfertigen und als harmlos hinstellen wollen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß ein reicher Austausch von geistigen Gaben zwischen beiden Völkern stattgefunden hat. Kulturell haben sie sich gegenseitig manches zu danken. Der Deutsche dem Franzosen besonders in Dingen der äußeren Kultur, in gesellschaftlicher Kleidung und Sitte, in Dingen des Schmuckes und der Zierde. Der romanische Formensinn der schmucken Marianne erzog längere Zeit den ungeschliffenen Michel. Später folgte ein Zeitabschnitt der umgekehrten Beeinflussung: Goethe und Richard Wagner fanden in Frankreich viel Bewunderung. Frau von Staël wußte den Wert des deutschen Individualismus für das geistige Gebiet zu schätzen. Viktor Hugo träumte von einer innigen Verschmelzung beider Nationen, die einst im Reiche Karls des Großen, der von beiden als Heros beansprucht wird, vereint waren. Der Nordfranzose Graf Gobineau begründete die germanische Rassenlehre, in der ihm später der eingedeutschte Engländer Chamberlain folgte. Gobineau meinte, daß der Kriegs- und Geistesadel fast aller Völker Europas germanischen Ursprungs sei. Schriftsteller, wie Renan, Gérard de Nerval (Labrunie), das Brüderpaar Edmond und Jules Goncourt und der Historiker Taine hatten hohes Lob übrig für den deutschen Geist.

Trotz alledem hat sich ein bleibendes und echtes Verständnis für einander nicht herausgebildet. Der Rhythmus des Blutes beider Völker scheint unvereinbar und die Nachbarschaft ward zum Fluche. Ewiger Haß hetzt sie gegeneinander, und Gier nach Gut und Blut des anderen macht ihre Grenzmarken unsicher und unstet.

Der deutsche politische Individualismus schwächte die kaiserliche Zentralgewalt, die im Mittelalter besonders unter dem Hohenstaufengeschlechte so eindrücklich und weltbeschattend in Erscheinung getreten war. Das Territorialfürstentum überwucherte und löste das gewaltige Reich in ein Wirrsal von mehr oder weniger schwachen, zum großen Teil zwergenhaften Staatsgebilden. Da begann der Franzose nach dem Rhein herüberzuschielen, ob da nicht für ihn etwas zu holen wäre. Nach seiner Veranlagung, der jegliche Art von Wahrheit ein Spiel und eine Erdichtung dünkt, wurden die Ansprüche durch eine Fiktion begründet. Hatte nicht mehr als anderthalb tausend Jahre früher Caesar im 6. Buche de bello gallico angegeben, daß zu seiner Zeit die Gallier bis an dem Rhein wohnten? Der Rhein sei die natürliche Grenze, da er die Völker scheide. In Wahrheit sieht man jedoch, daß der Rhein wie viele Ströme nicht Grenze ist, sondern Mittelstrom, dessen beide Ufer, vom gleichen Volke bewohnt, zusammen einen Staat bilden. So liegen Bayern Österreich und Ungarn zu beiden Seiten der Donau, Polen an beiden Ufern der Weichsel. Doch das focht das französische Denken nicht an. Sophistisch suchte es durch natürliche und geschichtliche Gründe sein unrechtes Begehren zu rechtfertigen.

Deutschland zu schwächen und in seiner Schwäche ihm Stück für Stück seiner Territorien zu entreißen, um so schrittweise die Rheingrenze zu gewinnen, das war während des ganzen 17. und 18. Jahrhunderts das politische Streben Frankreichs. Daher verließ es im 30jährigen Kriege nach der Schlacht bei Nördlingen (1634) seine deutschen katholischen Verbündeten Österreich und Bayern und unterstützte das protestantische Schweden, nur um Deutschland noch weitere Blutjahre hindurch zu zerfleischen. Der Westfälische Friede verschaffte Frankreich einen bedeutenden Teil des Elsaß. Es kam die Zeit Ludwigs XIV. Die schwere Bedrängnis Deutschlands und seiner Vormacht Österreich durch die Angriffe der Türken, die schließlich sogar Wien belagerten, gab diesem eroberungssüchtigen Herrscher immer neuen Anreiz zum Zugriff nach deutschem Gebiet. Eine Anzahl von Raubkriegen brachten große Landstrecken an der Ostgrenze in Frankreichs Hände. 1674 besetzte Turenne die 10 freien Reichsstädte Weißenburg, Hagenau, Oberehnheim, Schlettstadt, Colmar usw. 1681 mußte Straßburg, von seinem hohen Klerus verraten, dem Heere Ludwigs seine Tore öffnen, behielt aber noch bis zur großen Revolution seine Sonderrechte und eine staatsrechtliche Ausnahmestellung. 1688 begann Ludwig wieder einen großen Raubzug, bei dem sein Heer bis nach Württemberg vordrang. Mit bekannter Grausamkeit und Zerstörungswut hausten seine Truppen unter Führung des abscheulichen Melac in der Pfalz, sie entweihten die Kaisergräber in Speyer, machten das herrliche Heidelberger Schloß zur Ruine und äscherten im Herzen von Württemberg das wunderbare Kloster Hirsau ein. Solches konnte der „allerchristlichste“ König nur tun, weil die mohammedanischen Horden das Deutsche Reich im Osten schwer bedrängten. Man sagte, daß er sogar mit den Türken im Einverständnis handelte. Auch heute verwendet Frankreich mohammedanische Truppen an Rhein und Ruhr und sucht mit den christentumsfeindlichen Bolschewisten ein Bündnis.

Im 7jährigen Kriege erkannte Frankreich die aufwachsende Gefahr für sich in Preußen und wandte sich mit Maria Theresia gegen den großen König. Der Tag von Roßbach gab Frankreich dem Gelächter preis, und erfolglos endete das Ringen, das Preußens Bestand unangetastet ließ. Zur Revolutionszeit erweckte die Hinrichtung Ludwigs XVI. das Solidaritätsgefühl der übrigen und vor allem der deutschen Monarchen. Die Kanonade von Valmy (1792) ist der einzige Fall, der mit einigem Grund als ein deutscher Einfall in Frankreich angeführt werden kann. Nichtsdestoweniger erkühnt sich Herr Poincaré, in einer seiner Hetzreden zu behaupten, Frankreich habe in den letzten 120 Jahren fünf Einfälle der Boches zu erdulden gehabt. Er rechnet also mit echt französischer Verdrehung der Wahrheit die Abwehr von Überfallen und Kriegserklärungen als unberechtigte Einfälle. Natürlich hat nur Frankreich das Recht zur Eroberung und zum Imperialismus. Welche Verblendung!

Die Erschütterungen der französischen Revolution peitschten das französische Nationalgefühl zu gewaltigen Plänen empor. Danton rief begeistert aus: „Wir werden die Grenze Frankreichs an ihren vier Punkten erreichen: am Ozean, an den Ufern des Rhein, an den Alpen, an den Pyrenäen.“ An die Spitze der gärenden, brausenden Volksbewegung stellte sich ein strategisches und diplomatisches Genie wie Bonaparte. Geschickt wußte er seinen Feldzügen ideale Vorwände, wie Verbreitung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unterzuschieben. In Wahrheit waren es skrupellose Plünderungs- und Raubzüge die am besten durch Schopenhauers treffende Worte in den Parerga beleuchtet werden: „In französischen Dictionären ... sollte bei gloire militaire bloß stehen: voyez butin (nachschlagen unter „Beute“).“ 1803 gewann Frankreich das ganze linke Rheinufer. 1806 wurde unter Napoleons Protektorat der „Rheinbund“ gegründet, der Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Nassau und 11 kleinere Staaten umfaßte. Die Herrscher Bayerns und Württembergs erhielten ebenso wie der von Sachsen von des französischen Usurpators Gnaden den Königstitel. In Nordwestdeutschland wurde unter Napoleons Bruder Jérome das Königreich Westfalen gegründet, das bis zur Elbe reichte. Um Englands Handel völlig vom Festlande fernhalten zu können, wurde 1810 ohne weitere Umstände ein breiter Küstenstreifen Deutschlands mit den Mündungen der Ems, Weser und Elbe von Frankreich annektiert, und es reichte nun über Hamburg und Lübeck hinaus bis an die Ostsee. Im Süden wurden Kärnten, Kroatien, Dalmatien, Genua und Rom dem französischen Kaiserreich einverleibt. Brüder und Schwäger Napoleons bevölkerten die Throne Europas.

Napoleons Macht brach zusammen. 1814 zog Blücher, 1815 Wellington in Paris ein. Wieder zwei deutsche Invasionen, die Herrn Poincaré jetzt, wie er sich einbildet, das Recht geben, Deutschland zu vernichten. Natürlich, was bei anderen Völkern „Imperialismus“ ist, sind bei Frankreich „berechtigte Gebietsansprüche“, denen sich zu widersetzen Frevel ist. In den Friedensschlüssen von 1814 und 15 erhielt Deutschland infolge Englands und Rußlands Mißgunst das deutsche Elsaß-Lothringen nicht zurück. Schon 1823 meldete sich die französische Habgier wieder im Munde eines geistigen Führers. Chateaubriand suchte den Zaren mit den Worten: „Was der Bosporus für Rußland, ist der Rhein für Frankreich“ zu gemeinsamem imperialistischen Länderraub zu verlocken. Selbst der Sozialist Proudhon erklärte, daß die Rheingrenze das Ziel der französischen Außenpolitik sei, das tief im Volk wurzle. Im Jahre 1840 fieberte Frankreich wieder einmal nach der Rheingrenze. Dem französischen Ministerpräsidenten Thiers, der an der Spitze der Kriegspartei stand, antworteten zwei deutsche Dichter: Schnecken-

Polen bekämpft den Minderheitenvertrag.

Der vom Völkerbundsdelegierten Askenazy am 15. Januar hinsichtlich der Intervention des Völkerbundes in der Frage der nationalen Minderheiten in Polen an den Völkerbund eingebrachten Note sind u. a. folgende „Anmerkungen“ beigegeben:

„Der Vertrag über die nationalen Minderheiten ist Polen ebenso wie anderen Staaten aufgezwungen worden. Er hat zahlreiche Mängel. Wenn der Völkerbund innere Angelegenheiten gewisser Staaten entscheiden soll, dann muß er alle Mitglieder des Völkerbundes gleichmäßig behandeln, müßte also Polen nur solche Verpflichtungen auferlegen, die er auch den anderen Großmächten auferlegen würde, wenn sie sich auch auf diese beziehen würden; denn auch diese Staaten besitzen doch verschiedene nationale Minderheiten.

Der Vertrag über die nationalen Minderheiten darf nicht in einer Form angewandt werden, die die Festigung der Daseinsbedingungen und der Zukunft des Staates gefährdet.

Auch muß betont werden, daß es in Polen nationale Minderheiten gibt, die geistig und moralisch mit den Nachbarstaaten eng verbunden sind. Polen kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß diese Staaten die Frage der nationalen Minderheiten dazu ausnutzen, um Polen zu bekämpfen, wie es in der Vergangenheit der Fall war, als Rußland, Deutschland und Österreich unter dem Vorwand des „Schutzes“ der nationalen Minderheiten den Sturz und die Teilung Polens herbeiführten. Souveränitätsrechte des polnischen Staates müssen hier gesichert werden.

Wie oft die Frage der nationalen Minderheiten zu Nebenzwecken, zur Bekämpfung des polnischen Staates, ausgenutzt wird, beweist die Tatsache, daß die meisten „Interventionen“ während der polnisch-russischen Friedensverhandlungen im Jahre 1920 bewerkstelligt wurden.

Jene Frage wurde damals von denjenigen Kreisen und Faktoren vorgebracht, die die Beendigung des polnisch-russischen Krieges nicht zulassen wollten.

Aus diesen Gründen ist es unmöglich, daß Privatpersonen und Institutionen in diesen Fragen zur Intervention im Völkerbund zugelassen werden. Der Völkerbund dürfte nur Petitionen von Völkerbundsmitgliedern, das heißt von Staaten, die dem Völkerbunde angehören, wie das übrigens im Völkerbundsstatut deutlich bestimmt wird, annehmen und prüfen.“

Die Frage der deutschen Ansiedler.

Hinausschiebung der Entscheidung.

Die Frage der deutschen Ansiedler in Polen, die vom Völkerbundsrat dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag überwiesen worden ist, soll auf die Tagesordnung der nächsten Session des Schiedsgerichtshofes kommen, die Mitte Juni eröffnet werden wird.

„Die öffentliche Meinung soll der diplomatischen Arbeit nachhelfen.“

Im Anschluß an die Meldung, daß Herr Olszowski in Warschau eingetroffen ist und daß seine Reise im Zusammenhang steht mit der Frage der Exmission der deutschen Ansiedler schreibt der „Kurjer Warszawski“. „Die Improvisation in der Frage der deutschen Ansiedler, die sich für die polnischen Regierungsbehörden so fatal gestaltet hat, kann von neuem wieder die charakteristischen Formen annehmen, wenn wir ihre Gefahr nicht einsehen und aus der erhaltenen Lektion nichts lernen. Bekanntlich finden jetzt die polnisch-deutschen Verhandlungen in Dresden statt. Schon vor einiger Zeit hat Minister Olszowski dem Ministerrat über den Stand der Dinge in der Frage des Bürgerrechts und der Option Bericht erstattet. Damals schon hieß es, daß „die Bürgerrechtsfrage eine der schwierigsten ist sowohl in rechtlicher wie auch in politischer Hinsicht“. Weiter hat der Völkerbund in diesen Dingen seine Ansicht ausgesprochen, die mit der polnischen in Widerspruch steht. Polen hat protestiert. Der Erfolg des Protestes ist noch unbekannt, da der Völkerbund die Beratung darüber aufgeschoben hat. Es ist jedoch bekannt, daß die Präzedenzen nicht gut sind, und daß man sehr, sehr auf der Hut sein muß. Wir lenken die Aufmerksamkeit der parlamentarischen Faktoren auf diese Frage. Es handelt sich nicht darum, daß man sich in die diplomatischen Verhandlungen einmische, es gehört sich jedoch, daß diese Kreise sich eine feste Meinung bilden und danach die öffentliche Meinung entsprechend bearbeiten. Wir vertrauen selbstverständlich vollkommen der bewährten Geschicklichkeit und Rechtlichkeit des polnischen Bevollmächtigten in Dresden, wir wissen aber auch, daß die öffentliche Meinung manchmal der diplomatischen Arbeit nachhelfen kann. Wir sind in Polen schon so oft „klug gewesen nach dem Schaden“, daß es endlich Zeit wäre, auf diese Dinge wenigstens im Parlament gehörig vorbereitet zu sein.“

Eine Erklärung des Herrn Kierski.

Der „Dziennik Poznański“ veröffentlicht in seiner Nr. 58 folgendes ihm zugegangene Schreiben des Herrn Kierski:

„Da einige Zeitungen berichtet haben, daß der Delegierte der polnischen Regierung beim Völkerbundsrat, Herr Askenazy, im Sejmausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärt habe, daß ich im Gespräch mit ihm der Bevölkerung Großpolens weitgehende Gleichgültigkeit hinsichtlich der deutschen Frage vorgeworfen hätte, stelle ich zur Aufklärung folgendes fest: Während der Besprechung, die ich im Juni des vergangenen Jahres im Ministerratspräsidium mit Herrn Askenazy hatte, äußerte ich die Anschauung, die ich auch gegenwärtig durchaus aufrecht erhalte, daß, wenn sofort in den Jahren 1919 und 1920 energisch mit der Lösung der deutschen Frage im Sinne der polnischen Forderungen begonnen worden wäre, diese Angelegenheit jetzt längst erledigt wäre. Herr Askenazy hat mich offenbar falsch verstanden, indem er nämlich meine Äußerung so auffaßte, als schriebe ich den Mangel an Energie auf diesem Gebiet der Bevölkerung Großpolens zu, welche doch als solche gar keine Möglichkeit hat, unmittelbar auf den Verlauf der Angelegenheit einzuwirken oder gar die Politik und die Tätigkeit der Regierungsfaktoren richtunggebend zu beeinflussen.“

burger mit der „Wacht am Rhein" und Nikolaus Becker mit „Sie sollen ihn nicht haben." Das Frankreich, das immer für Freiheit und Menschlichkeit einzutreten vorgab, war unter Napoleon III., dem schwachen Träger eines großen Namens, Feind der deutschen und der italienischen Einheit und wollte die alte Zersplitterung und Schwäche der Nachbarn weiter erhalten. Die von Frankreich selbst provozierte Niederlage von 1870/71 gab beiden Ländern Einigkeit und Freiheit wider Frankreichs Willen.

Der tiefgekränkte gallische Ehrgeiz ruhte seitdem nicht, bis 1914 der Weltbrand ausbrach, von dem man in Paris Revanche und Befriedigung der Raublust erhoffte. Der Krieg endete in einer solchen Weise, daß Frankreich zur unbestrittenen Vormacht in Europa wurde. Statt diese Gabe einer einzigartigen Konstellation zum Wohle Europas, zur Linderung der Kriegsschäden aller Länder und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau zu verwenden, verbiß sich Frankreich in eine sich von Jahr zu Jahr steigernde Wut gegen das niedergeworfene Deutschland. In der Besetzung des Ruhrgebietes kam diese Stimmung zum Ausbruch, manche unholde Eigenheiten des französischen Volkscharakters traten bei dieser ungeheuerlichen Aktion deutlich zu Tage. Der Haß gegen Deutschland hat dort Gegenhaß erzeugt, obwohl nach dem verlorenen Kriege der größte Teil des deutschen Volkes vom Franzosenhaß frei war und viele hoffnungsvoll auf Frankreich blickten, von dem sie Menschlichkeit und Gerechtigkeit erwarteten. Diese Leute sind unmöglich geworden, denn nieniemand kann verkennen, daß Frankreichs Verhalten einen unauslöschlichen Haß im deutschen Volke erzeugen muß und daß für Deutschland eine Kapitulation vor dem unversöhnlichen Feinde Selbstmord wäre. Die Frage des deutsch-französischen Verhältnisses muß als eine von den in absehbarer Zeit unlösbaren bezeichnet werden.

Die Hinausschiebung der Ostgrenzenentscheidung.

Der Beschluß des Botschafterrates, die Entscheidung über die Ostgrenzen Polens zu vertagen, hat in Warschau beunruhigend gewirkt. Man fühlt, daß wieder einmal England einer Entscheidung in französisch-polnischem Sinne im Wege steht. Welches Interesse hat England daran, hier Schwierigkeiten zu bereiten? Man wird kaum fehlgehen, wenn man Englands Gründe auf wirtschaftspolitischem Gebiet sucht.

Es scheint der Kampf zu beginnen zwischen dem französischen Kapital, das jetzt schon in gewaltiger Höhe und mit großem Gewinn in Polen arbeitet und dem englischen Kapital, das bis jetzt fast ganz abseits stand, nun aber nicht länger leer ausgehen will, und das vor allen Dingen den Wunsch hat, am ostgalizischen Petroleum mitzuverdienen.

Da England bei der Entscheidung über Polens Ostgrenzen nicht auszuschalten ist, wird Polen alles aufbieten müssen, um das französische Kapital zu Zugeständnissen gegenüber dem englischen Kapital zu bewegen. Das ist vermutlich der Zweck der angekündigten Reise des Außenministers Skrzyński nach Paris. Die Aufgabe, vor die Skrzyński gestellt ist, ist von großer Tragweite, und von ihrer Lösung wird unter Umständen das Bleiben oder Schwinden der Regierung Sikorski abhängen.

Zu der ostgalizischen Frage kommt die Wilnaer Frage, die zwar für Polen erledigt ist, nicht aber für Litauen. Auch hier werden starke wirtschaftliche Momente mitsprechen, und auch hier ist England mitinteressiert. Was in Ostgalizien die Petroleumquellen bedeuten, ist hier das Holz der litauischen Wälder, das dem Kapitalisten, der sein Geld hineinsteckt, große Gewinne in Aussicht stellt.

Die wirtschaftliche Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung ist für Frankreich und für England so wichtig, daß eine schnelle Lösung des Problems nicht sehr wahrscheinlich ist, um so mehr als noch ein Dritter an der Sache interessiert ist: Rußland. In der Hauptsache aber hängt die Entscheidung davon ab, wie weit die Macht des französischen Kapitals reicht.

Litauen schlägt Norwegen als Schiedsrichter im Wilnastreit vor.

Der der Regierung nahestehende „Kurjer Poranny" bespricht ausführlich die Vertagung der Entscheidung über die polnische Ostgrenze in Paris. Die übrige Presse begnügt sich vorläufig mit kommentarloser Wiedergabe der Meldung, daß infolge Erkrankung des englischen Vertreters im Botschafterrat die Verhandlungen über die polnische Ostgrenze unterbrochen wurden.

Der „Kurjer Poranny" nennt eine Vertagung der Entscheidung als politisch ebenso unangenehm wie etwa eine Entscheidung ohne Teilnahme Englands. Vor allem aber ist er beunruhigt, weil Litauen in Paris darauf drängt, daß die Wilnaer Frage wieder aufgerollt wird.

Rußland hatte in Polen und Litauen den Vorschlag gerichtet, im Wilnaer Streit zu vermitteln. Polen hat die Vermittlung abgelehnt, Litauen ist dagegen darauf eingegangen und vertritt nun in Paris den Wunsch, daß Norwegen vom Botschafterrat oder Völkerbund beauftragt wird, die Rolle des Schiedsrichters im Wilnaer Streit zu übernehmen. In Warschau ist man zurzeit noch unsicher, ob die Verzögerung der Ostgrenzenfrage in Paris auf dieses Drängen zurückzuführen ist, oder nur auf den englischen Vorbehalt bezüglich der Einverleibung Ostgaliziens in den polnischen Staat.

Skrzyńskis Reise nach Paris.

Außenminister Skrzyński ist am Sonntag nach Paris abgereist und wird sich von dort auch wahrscheinlich nach London begeben. Für die Reisedauer sind vierzehn Tage in Aussicht genommen. Es wird erwartet, daß in Paris in dieser Zeit die Frage der polnischen Ostgrenzen erledigt werden wird. Die Reise Skrzyńskis ist hauptsächlich dadurch veranlaßt worden, daß die litauische Regierung Galwanauskas nach Paris entsandte, offiziell zur Verhandlung über die Memelverträge, tatsächlich aber auch zur erneuten Aufrollung der Wilnaer Frage. Hingegen behauptet die Rechtspresse, daß die Gerüchte, die ganze Ostgrenzenfrage und besonders die ostgalizische Frage sei auf den Widerstand Englands gestoßen, der Wahrheit nicht entsprächen.

Scharmützel zwischen Litauern und Polen.

Aus Wilna wurde am Montag gemeldet: In der bisher neutralen Zone kam es nach eintägiger Ruhe zu neuen litauischen Einbrüchen auf einige von Polen besetzte Dörfer. Einige Einbrüche wurden nach Artillerievorbereitung von regulärer Infanterie durchgeführt und von den polnischen Zolltruppen abgewiesen. Seitdem ist erneute Ruhe im ganzen Gebiet eingetreten.

Eine litauische Regierungserklärung.

Der litauische Ministerpräsident Galvanauskas hat im Kownoer Sejm eine Regierungserklärung abgegeben. Bezüglich Polens kündigte er die Fortsetzung des Kampfes um das Wilnaer Gebiet an. Die litauische Regierung wird sich bemühen, Memel so schnell wie möglich Litauen einzugliedern. Die Regierungserklärung wurde von den Oppositionsparteien außerordentlich scharf kritisiert. Bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum wurden 38 Stimmen für und 38 Stimmen gegen das Votum abgegeben. An der Abstimmung nahmen zum ersten Male die polnischen Abgeordneten teil. Der Führer der polnischen Fraktion gab nach der Regierungserklärung folgende Erklärung ab: „Außer bedeutungslosen Allgemeinheiten haben wir nichts gefunden, was auf eine Änderung der hoffnungslosen Lage der polnischen Bevölkerung in Litauen hoffen lassen könnte. Da wir keine Anzeichen für eine Änderung des Kurses der Politik des neuen Kabinetts sehen, sind wir gezwungen, gegen die Regierung zu stimmen."

Eine Denkschrift des Stadtpräsidenten von Wilna.

Der Stadtpräsident von Wilna hat dem Staatspräsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Generalstabschef eine Denkschrift in Sachen der Ostgrenze Polens überreicht. Es handelt sich um eine Denkschrift politischer Nationalgruppen im Wilnaer Gebiet. Der Staatspräsident zeigte lebhaftes Interesse für die Denkschrift und verlangte hinreichende Aufklärungen, die ihm erteilt wurden.

Aus den polnischen Parteien.

Eine Tagung der „Wyzwolenie"-Gruppe.

Am Sonntag fand in Warschau eine Tagung der Wyzwolenie-Gruppe statt. Abg. Thugutt hielt einen Vortrag über die politische Lage. Nach dem Vortrag wurden folgende Entschließungen angenommen:

1. Die einzige Regierung, an der gegenwärtig die Wyzwolenie-Gruppe sich beteiligen könnte, wäre eine von den wirklich demokratischen Bauern- und Arbeiterparteien mit Unterstützung der weißrussischen und der ukrainischen Gruppe gebildete Regierung einer relativen polnischen Mehrheit. Die Tagung hält die Mitarbeit der Partei in einer Regierung, die ausschließlich die Interessen der Großgrundbesitzer und der Kapitalisten verfolgt, für unmöglich und überdies für unmoralisch.

2. Die Tagung stellt mit Betrübnis fest, daß die schwankende Haltung der Piastengruppe die Bildung einer Mehrheit im Sejm unmöglich macht. Die Tagung hält die Zusammenarbeit beider volksparteilicher Gruppen im Kampf gegen die Reaktion für erwünscht, muß jedoch verlangen, daß diese Zusammenarbeit sich auf den aufrichtigen und tatsächlichen Widerstand gegen alle Feinde der polnischen Demokratie stützt.

3. Die Tagung ist der Ansicht, daß die Regierung Sikorski als das vorläufig gegebene hingenommen werden muß, solange nicht die Möglichkeit vorhanden ist, eine parlamentarische Regierung der Linken zu schaffen. Die Sejmfraktion wird aufgefordert, auf die Regierung einen Druck auszuüben, damit sie mit der größten Energie die Elemente bekämpft, die sich auf Kosten des Volkes bereichern.

Andere, aus der Mitte der Versammlung heraus vorgeschlagene Entschließungen fordern von der gegenwärtigen Regierung Verwirklichung der vom gesetzgebenden Sejm beschlossenen Gesetze (die Sejmfraktion soll die Unterstützung der Regierung davon abhängig machen), vor allen Dingen Durchführung der Agrarreform und eine radikale Änderung der Verwaltung.

Eine von der Tagung angenommene Entschließung wirtschaftlichen Charakters verurteilt das bisherige politische System und Finanzsystem der Regierungen Paderewski, Skulski, Grabski, Witos, Ponikowski und fordert die Regierung zur Enteignung des Großgrundbesitzes und der Güter der toten Hand im Interesse der Durchführung der Agrarreform auf.

Die letzte von der Tagung angenommene Entschließung wendet sich gegen die Geistlichkeit. Sie lautet: „Die Tagung stellt fest, daß der Standpunkt, den in der letzten Zeit ein großer Teil der polnischen Geistlichkeit eingenommen hat, in keiner Weise ihrer Würde und ihren Aufgaben entspricht. Die Geistlichkeit hat die Kirche in einen Kampfplatz der politischen Agitation verwandelt, hat während der Wahlen von den Kanzeln herab Versammlungsreden gehalten, hat sich an der Agitation gegen den ermordeten Präsidenten Narutowicz beteiligt, hat feierliche Gottesdienste für den Mörder veranstaltet. Die Tagung der Wyzwolenie-Gruppe fordert die Geistlichkeit auf, sich auf sich selbst zu besinnen und den eingeschlagenen Weg zu verlassen."

Beratungen des Hauptvorstandes der polnischen Sozialistenpartei.

Der Hauptvorstand der P. P. S. hielt in Warschau eine dreitägige Beratung ab, die am Sonntag beendet wurde. Es wurde eine Reihe von Forderungen aufgestellt, von deren Erfüllung die Haltung der Partei gegenüber der Regierung Sikorski abhängig gemacht werden soll. Die wichtigsten Forderungen betreffen die Durchführung der Grundsätze der Verfassung hinsichtlich der Rechte der Staatsbürger. Außerdem wird eine energischere Bekämpfung der Teuerung und Freilassung der für Teilnahme an Ausständen zu Gefängnis verurteilten Arbeiter verlangt.

Die Mehrheit der Linken.

Ministerpräsident Sikorski empfing am Sonnabend die Abgeordneten Barlicki, Thugutt, Wachowiak und Witos. In der Aussprache wurde festgestellt, daß keine der durch diese Abgeordneten vertretenen Parteien zu der Regierung Sikorski in Opposition stehe. Bei dieser Gelegenheit wurde gleichzeitig beschlossen, in gewissen Zeitabständen Konferenzen dieser Parteien (P. P. S., Wyzwolenie, N. P. R. und Polnische Volkspartei) unter Teilnahme des Ministers Grabski und von Fachleuten auf volkswirtschaftlichem Gebiet einzuberufen.

Der nationale Block und die nationalen Minderheiten

In der Sitzung des Unterrichtsausschusses des Sejm am 27. April wurden, wie seinerzeit berichtet wurde, mehrere Anträge über das ukrainische Schulwesen gestellt. Die „Gazeta Poznańska" berichtete über diese Sitzung in ihrer Nr. 54 und fügte hinzu: „Wer stimmte gegen die berechtigten Anträge der Ruthenen? Wahrscheinlich die Abgeordneten der Liste 8! Es wäre eine Schande für uns Großpolen und Pommerellener, wenn auch unsere Abgeordneten gegen die gerechten Forderungen unserer Brüder gestimmt haben sollten. Wir wissen, was Unterdrückung in der Schule und Mangel eines nationalen Schulwesens bedeutet! Wir werden zu dieser Angelegenheit zurückkehren, um die Namen der betreffenden Abgeordneten festzustellen."

Dazu schreibt der „Kurjer Poznański" in seiner Nr. 58: „Es muß festgestellt werden, daß jene ukrainischen Anträge deutlich gegen das Polentum der Gebiete Podlesie und Cholm gerichtet waren. Die Vertreter der im Verband der christlich-nationalen Einheit zusammengeschlossenen Parteien betonten, daß das Unterrichtsministerium mit der Ausarbeitung eines Entwurfes über die Schulen für die nationalen Minderheiten beschäftigt sei und daß angesichts dieses Umstandes die Aussprache über den Antrag des Abg. Chrucki vertagt werden müsse. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, dagegen wurden nach längerer Aussprache zwei andere Anträge des Abgeordneten Chrucki mit den Stimmen des Zentrums, der Linken und der nationalen Minderheiten angenommen, während die Aussprache über die übrigen Anträge bis zur Zeit der Ausarbeitung des erwähnten Gesetzes vertagt wurde. Soviel zur tatsächlichen Lage der Dinge. Es ist also Tatsache, daß niemand die Absicht hatte, unsere „Brüder" zu schädigen, deren sich die „Gazeta Poznańska" so sehr annimmt, wobei sie vergißt, daß es sich um „Brüder" der Art handelt, wie den oft genannten Bischof Eulogius, den Vorkämpfer der Ruthenisierung des Cholmer Gebietes oder des Abg. Jakowiuk, der in verräterischer Weise seine polnischen „Brüder" litauischen Behörden auslieferte. Die Vertreter der nationalen Parteien denken nicht daran, ihren „Brüdern" mit gleicher Münze heimzuzahlen, müssen jedoch zur Verteidigung der bedrohten Grenzmarken gegen die Anmaßungen der nationalen Minderheiten auftreten."

Ueber den nationalen Block

schreibt der „Polak" in einem Leitaufsatz unter der Überschrift „Das wahre Licht":

„Wer mit dem Blick eines Politikers auf die Erscheinungen unseres sozialen Lebens und auf die Lage unserer politischen Zustände zu schauen vermag, der konnte voraussehen, daß der sehr geschickt und kunstvoll zusammengeleimte nationale Block, der weder eine geschlossene Organisation darstellt noch den Zusammenhang jener aufrecht erhalten kann, die ihn geschaffen haben, sich nicht für längere Zeit halten kann, denn wie wir bereits öfter betont haben, gehen die Interessen dieser Gruppe derart auseinander, daß er nur in der Zeit der Wahlen auf eine bestimmte Geschlossenheit rechnen konnte, was er in erster Linie dem Mangel an der nötigen politischen Aufklärung der breiten Volks- und Arbeitermassen, ferner der rücksichtslosen Kampfmethode und den Milliarden, die diese Partei in der Zeit der Wahlen hergeben konnte, zu verdanken hat. Und heute bestätigen sich schon jene Voraussagen in vollem Umfange; denn es ist Tatsache, daß die „Acht" auseinanderfällt. Wenn diese bis zu einem gewissen Grade starke Gruppe im Sejm heute wankt, dann ist es angebracht, darüber nachzudenken, wie sie sich ändern und in welcher Form sich jene Änderung äußern wird."

Ein neuer Kommunistenprozeß.

Am Montag begann vor dem Warschauer Bezirksgericht die Verhandlung gegen 12 junge Leute, die der Betreibung von bolschewistischer Propaganda und der Spionage angeklagt sind. Die Angeklagten stehen im Alter von 20 bis 28 Jahren. Die Anklageschrift wirft den einzelnen Angeklagten vor, daß sie zum „Verband der kommunistischen Jugend in Polen" gehören, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, einen kommunistischen Umsturz in Polen herbeizuführen. Außerdem wird ihnen Vertreibung von kommunistischer Literatur, Organisierung von kommunistischen Zirkeln im Heere, Sammlung von Material über die zahlenmäßige Stärke einzelner Regimenter, über die Stimmung unter den Offizieren und Mannschaften und Überredung der Soldaten zur Nichterfüllung ihrer Soldatenpflichten vorgeworfen. Wie einer der militärischen Sachverständigen aussagte, sollen einige der Angeklagten eine typische Spionage für Sowjetrußland getrieben haben. Der Prozeß wird wahrscheinlich vertagt werden, da die wichtigsten Zeugen nicht erschienen sind.

Aus Warschau.

Arbeitslosenkundgebungen in Warschau.

Am Montag ist es in Warschau wieder zu Arbeitslosenmanifestationen gekommen. Nach der Kundgebung vor dem Ministerium für soziale Fürsorge zog die Menge vor das Belvedereschloß.

Ein neuer Kurs in der polnischen Zollpolitik?

Die gegenwärtigen Bestrebungen in Polen, eine Sanierung der Finanzen herbeizuführen, sollen nach der „Gaz. Warsz." zugleich einen neuen Abschnitt in der Zollpolitik darstellen. Auch die Zollgebühren sollen bis zur Vorkriegshöhe heraufgesetzt werden. Um die unerwünschten Folgen einer gewaltsamen Zollheraufsetzung (Teuerung, Verteuerung der Produktion, andererseits Begünstigung anderer Industriezweige) zu umgehen, soll die Zollreform auf einige Etappen ausgedehnt werden. Im kommenden Jahre (1924) soll der Zolltarif die Goldwährung erreichen. Es soll ihm dann ein gewisser fiskalischer Charakter gegeben werden. Als Beispiel, daß dies bei dem gegenwärtigen Zolltarif nicht der Fall ist, wird angeführt: Der Zoll für Tee beträgt jetzt 120 Polenmark für 100 Kilogramm, was bei Anwendung des hierfür bestimmten Multiplikators 50 einen Zoll von 6000 Polenmark bedeutet. Dieser Zoll sei im Verhältnis zum Wert der Ware verschwindend gering, während in Rußland der Teezoll vor dem Kriege den Warenwert um das Dreifache überstieg. Die Einnahme hieraus betrug 28 bis 90 Prozent der gesamten Zollgefälle. Eine weitere Maßnahme in der Durchführung der neuen Zollpolitik soll die wahrscheinlich noch in diesem Jahre in Kraft tretende Einführung von Ausfuhrzöllen sein. Sie sollen die Ausfuhr regeln und die Entblößung des Landes von gewissen Artikeln verhindern.

Die Besoldung der Staats- und Militärfunktionäre.

Der Ministerrat prüfte in seiner Vortragssitzung die Grundsätze des Gesetzentwurfs über die Besoldung der Staats- und Militärfunktionäre. Der Entwurf erstreckt die Vereinfachung des bisherigen komplizierten Systems für die Berechnung der Bezüge der Beamten und Militärs, Verbesserung der Lebensbedingungen für den Beamtenstand und eine einheitliche Behandlung der Staatsangestellten aller Kategorien. Der Gesetzentwurf wurde im Prinzip angenommen. Der Regierungschef soll ihn noch mit den einzelnen Ministern durchsprechen. Bezüglich der Besoldung der Richter und der Staatsanwälte faßte der Ministerrat den Beschluß, daß sie durch ein besonderes Gesetz geregelt werden soll. Ende dieser Woche wird der Besoldungsgesetzentwurf im Sejm eingebracht werden. Der Ministerrat nahm in derselben Sitzung auch den Entwurf für die Novelle zum Gesetz über die Versorgung der Militäremeriten und deren Familienangehörigen an. Außerdem wurden mehrere Einzelfragen über die Koordinierung der Tätigkeit der Regierung, des Sejm und des Senats besprochen. Schließlich nahm der Ministerrat die vom politischen Ministerialausschuß am 10. März dem Außenminister Skrzyński für seine Reise nach Paris gegebenen Direktiven an.

Die Auszahlung der Märzzulage an die Staatsbeamten.

Den Staatsbeamten wird die in einer der letzten Sitzungen des Ministerrates bewilligte sechzigprozentige Zulage zum Märzgehalt am Donnerstag dieser Woche ausgezahlt werden. Die Zulage kann aus technischen Rücksichten nicht eher zur Auszahlung gelangen.

Die Neuregelung der Einkommensteuerzahlung,

die in Nr. 58 des „Pos. Tagebl." gemeldet wurde, bezieht sich nicht auf das ehemals preußische Teilgebiet.

Die zu Transaktionen mit Auslandsvaluten berechtigten Devisenbanken.

In Warschau ist ein Verzeichnis der Devisenbanken, die auf Grund einer Verfügung des Finanzministeriums das Recht haben, Transaktionen mit Auslandsvaluten und Devisen zu tätigen, veröffentlicht worden. Diese Maßnahme ist im Zusammenhang mit den allgemeinen Kreditplänen der Regierung getroffen worden. Wie das Finanzministerium aufklärt, war die Hauptursache für die Reduktion der Devisenbanken einerseits die Erschwerung der Kontrolle über die große Anzahl solcher Banken, andererseits die Ungleichmäßigkeit zwischen dem Bedarf an Devisen und ihrer Anzahl auf dem Markte, sodaß eine große Anzahl

von Vermittlern auf anormale Weise die Verteuerung der Preise für fremde Valuten bewirkte.

Das Recht, als Devisenbank zu fungieren, haben folgende Banken erhalten: Akcyjny Bank Hipoteczny, Akcyjny Bank Związkowy, Bank Angielsko-Polski, Bank Dyskontowy w Bydgoszczy, Bank Dyskontowy Warszawski, Bank Francusko-Polski, Bank Handlowy w Łodzi, Bank Handlowy w Warszawie, Bank dla Handlu i Przemysłu w Warszawie, Bank Kredytowy w Warszawie, Bank Kupiecki Łódzki, Bank Kwilecki Potocki i S-ka w Poznaniu, Bank Małopolski, Bank Przemysłowców Polskich, Bank Przemysłowców w Poznaniu, Bank Przemysłowy Warszawski, Bank Śląski (Banc de Silésie), Bank Towarzystw Spółdzielczych, Bank Zachodni, Bank Związku Spółek Zarobkowych, Polski Bank Krajowy, Polski Bank Handlowy, Polski Bank Przemysłowy, Powszechny Bank Kredytowy, Śląski Bank Dyskontowy, Syndykat Przekazowy Banków Polskich, Wileński Prywatny Bank Handlowy, Ziemski Bank Hipoteczny, Ziemski Bank Kredytowy und Bank Zjednoczonych Ziem Polskich.

Außer den Zentralen wird das Recht zur Tätigung von Valutatransaktionen je eine Filiale in folgenden Städten haben: Warschau, Biała, Bielitz, Bromberg, Krakau, Lemberg, Lodz, Posen und Wilna. Die übrigen Bankfilialen werden das Recht von Devisenbankkommissionären haben. Der Einkauf fremder Valuten ist allen Banken gestattet.

Verminderung der Feiertage.

Das Arbeitsministerium arbeitet einen Gesetzentwurf aus, der die Zahl der Feiertage auf 13 im Jahre herabsetzen soll. Ein solcher Reduktions-Gesetzentwurf war schon im ersten Sejm eingebracht, aber nicht erledigt worden.

Paß- und Visumgebühren für Ausländer.

Mit dem 1. März 1923 sind die Paß- und Visumgebühren für Ausländer in nachstehender Weise erhöht worden:

1. Die Visumgebühr für Ausländer ist sowohl bei der Ausreise aus Polen als auch bei der Rückkehr nach Polen auf 10 000 Polenmark erhöht worden.

2. Die Visumgebühr für Ausländer für mehrmalige Ueberschreitung nach beiden Seiten der Grenze zwischen Polen und Danzig auf die Dauer von drei Monaten ist auf 100 000 Polenmark erhöht worden.

3. Die Gebühr für Paßerleichterungen wurde auf 10 000 Polenmark erhöht.

Der Lemberger Sensationsprozeß.

Am Montag ist die Verhandlung im Lemberger Sensationsprozeß gegen die Denunziantin Fanny Bittner beendet worden. Vertreter der von ihr Denunzierten forderten Entschädigungen in Höhe von 713 000 Polengulden und 23 500 österreichischen Goldkronen. Der Verteidiger der Angeklagten Dr. Stankiewicz, die Angeklagte selbst und der Staatsanwalt replizierten. Der Urteilspruch wird am Mittwoch nachm. erwartet.

Polnisch-russische Verhandlungen.

Die „Rzeczpospolita“ meldet aus Moskau: Am 9. März fand im Gebäude des Kommissariats für Außenangelegenheiten die erste Sitzung der polnisch-russischen Handelskonferenz statt. Von polnischer Seite nahm außer der besonderen Delegation der Gesandtschaftssekretär Chatupczyński als Sekretär an der Sitzung teil. Es wird in den nächsten Tagen die Ankunft des Vizeministers Straßburger in Moskau erwartet.

Die Besprechung wurde vom Präses der russischen Delegation Wojkow eröffnet, der die polnische Abordnung sehr freundlich willkommen hieß und auf die Bedeutung guter nachbarlicher Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Polen hinwies. Der Führer der polnischen Delegation antwortete ebenso herzlich und dankte für die freundliche Aufnahme in Moskau. Nach Austausch der Beglaubigungsschreiben wurde der Vorschlag der polnischen Delegation über die Tagesordnung angenommen, ebenso der Vorschlag des Verhandlungsreglements.

Die Weichseldörfer.

Die Handelskammer in Königsberg hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, gegen die Entscheidung des Botschafterrates über die Zuerkennung der 5 Weichseldörfer an Polen Protest einzulegen. In dem Protest ist die Forderung enthalten, daß Ostpreußens unbeschränkter Zugang zur Weichsel gesichert würde.

Randstaaten.

Die Erfolge der Baltenstaatenkonferenz.

Aus Helsingfors wird gemeldet: Am 8. d. M. sind die Beratungen der Wirtschaftskonferenz der Baltenstaaten in Helsingfors beendet worden. Es ist eine vollkommene Einigung in der Frage der Wirtschaftsanträge und in der Schiffahrts- und Häfenangelegenheit erzielt worden. Ebenso ist es zu einer Verständigung über den Kampf gegen das Schmuggelwesen und über das Suchen von Minen gekommen. Ferner wurde beschlossen, daß Finnland eine Konferenz von Seesachverständigen der Baltenstaaten, Lettland eine Konferenz von Finanzsachverständigen berufen soll. Ein weiterer Beschluß besagt, daß die nächste Wirtschaftskonferenz der Baltenstaaten in Warschau stattfinden soll.

Die Helsingforser Presse bespricht die Ergebnisse der Konferenz mit großer Genugtuung.

Memel und Rußland.

Die PAT. berichtet aus London: In der Beantwortung einer Interpellation erklärte Bonar Law, daß er von der Sowjetregierung einen Protest gegen die Regelung der Memelfrage ohne Teilnahme Rußlands erhalten habe. Die englische Regierung ist jedoch der Meinung, daß Rußland kein Recht habe, in dieser Angelelegenheit zu intervenieren, weil Memel vor dem Kriege nicht zum russischen Staate gehörte, und weil Rußland den Versailler Friedensvertrag nicht unterzeichnet habe.

Italien rüstet für kommende Kriege.

Ausbau der Luftwaffe.

Die italienische Regierung beschloß, die Luftfahrt als selbstständige Sache in dem gleichen Maße wie Landheer und Marine zu organisieren. Bedeutende Mittel sollen aufgewandt werden, damit die italienische Luftwaffe der Bedeutung der Mittelmeerlage Italiens für künftige Seekriege entsprechend gestaltet wird, und nicht hinter der der übrigen Hauptmächte, besonders der französischen zurückbleibt.

Sowjetrußland.

Fünfjähriges Jubiläum der Roten Armee.

In Moskau ist das fünfjährige Jubiläum der Wehrmacht Sowjet-Rußlands mit großer Feierlichkeit begangen worden. Ein Moskauer Sonderberichterstatter der „Voss. Zeitung“ erzählt von den Anstrengungen, die gemacht wurden, um aus der Armee trotz der ungeheuren Schwierigkeiten das zu machen, was sie heute ist.

Die ersten Abteilungen der Roten Garde stellten freiwillig die Petersburger Fabrikarbeiter. Sie waren schlecht ausgerüstet und schlecht ernährt, aber ihre Begeisterung für die Revolution machte sie zum Fundament für die revolutionäre Streitmacht, etwaige Gegner der bolschewistischen Machthaber auszurotten und eine scharfe Disziplin zu schaffen, um den Feinden von draußen und der Gegenrevolution im Lande eine geschlossene Verteidigungsfront entgegenzustellen. Die größte Aufmerksamkeit wurde der politischen Beeinflussung und kulturellen Entwickelung der Armee zugewandt. Die Kommunistische Partei hat in den Kriegsjahren 1919/20 über die Hälfte ihrer Mitglieder, etwa 300 000 Mann, und darunter viele hervorragende intellektuelle Kräfte der Armee zugeführt. Eine besondere Institution sorgte für die politische und kulturelle Propaganda in der Armee. Diese Institution unterhielt Ende 1922 über tausend Klubs mit tausend Unterzweigen, die sich politisch wissenschaftlich, künstlerisch, landwirtschaftlich usw. betätigten. Im Laufe von drei Monaten wurden in der Armee gegen 7000 Meetings, 22 000 Unterhaltungen und über 100 000 Versammlungen veranstaltet. Noch im Februar des vergangenen Jahres zählte die Rote Armee 6½ Prozent Analphabeten. Da erließ Trotzki einen Befehl, bis zum 1. Mai das Analphabetentum in der Armee zu tilgen. Dieser Befehl wurde ausgeführt. Ein besonderer politischer Zweck dieser Aufklärungsarbeit besteht darin, die Rotarmisten, die zu 80 Prozent Dorfbauern sind und nach kurzer Dienstzeit in ihr Dorf zurückkehren, dort als Kulturträger wirken zu lassen. Die russische Propaganda behauptet, damit bereits große Erfolge erzielt zu haben. Die früher schlechten Beziehungen zwischen den Vertretern des bolschewistischen Systems und den Dörflern sollen sich jetzt wesentlich gebessert haben.

Erschießung russischer Offiziere.

Laut Urteil des Kriegskollegiums des Obersten Gerichtshofes sind folgende Militärpersonen in Petersburg erschossen worden: der ehemalige Gardeoffizier Csron wegen Spionage zugunsten Finnlands, die ehemaligen Offiziere Narewski und Botschkow wegen einer Verschwörung unter den Luftstreitkräften Petersburgs, der ehemalige Kommandant des baltischen Geschwaders Schuchwostow und der Sanitär dieses Geschwaders Njeshinski wegen Unterschleifen beim baltischen Geschwader.

Krupps Vertrag mit der Sowjetregierung.

Der Vertrag Krupps mit der Sowjetregierung stellt eine rein landwirtschaftliche Konzession dar. Der geistige Urheber dieses Vertrages ist der ehemalige Kruppdirektor und jetzige Botschafter in Washington, Wiedfeld, der grundsätzlicher Pazifist ist und auch die völlige Umstellung der Kruppwerke auf reine Friedenserzeugung durchgeführt hat. Dieser Kruppsche Vertrag mit Rußland ist in England finanziert worden. Eine englische Gesellschaft mit dem Sitz in London besitzt 75 Prozent des Kapitals. Jedem Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands ist es klar, daß die Herstellung von Munition in größeren Mengen augenblicklich in Rußland vollkommen unmöglich ist.

Die russische Textilindustrie 1922.

Das allrussische Textilsyndikat, das 36 Trusts und 2 autonome Fabriken, das heißt den größten Teil der russischen Textilindustrie vereinigt, veröffentlicht soeben die Produktionsergebnisse für die ersten elf Monate 1922. Von den 390 Fabriken des Syndikats waren im November 295 mit 284 624 Arbeitern in Betrieb. Die Baumwolltrusts verfügen über 6 198 665 Spindeln und 131 479 Webstühle, die Wolltrusts über 352 386 Spindeln, 14 417 Webstühle und 561 Wollkratzen, die Flachstrusts über 341 566 Spindeln und 12 188 Webstühle. Die Produktion des Baumwolltrusts betrug (in Klammern die Zahlen für 1921): an Gespinst 3 085 310 (941 369) Pud, Rohgew. 321 879 483 Arschin (1 Arschin = 0,71 Meter) (113 928 811 Arschin). Fertigfabrikate 448 328 303 (174 123 847) Arschin, Nähgarn 610 694 (216 411) Gros Rollen. Wolltrusts: Gespinst 684 600 (350 200) Pud Rohgewebe 25 800 000 (11 200 000) Arschin, Fertigfabrikate 30 200 000 (18 300 000) Arschin. Flachstrusts: Gespinst 1 076 500 (444 700) Pud, Fertigfabrikate 86 400 000 (34 200 000) Arschin, Nähgarn 50 000 (16 000) Pud. Seidentrusts: Seidenstoffe 3 383 879 (807 950) Arschin. Seidenband 7 700 000 (6 000 000) Arschin. Zum 1. Dezember 1922 waren die Vorräte an Rohmaterial in allen Zweigen der Textilindustrie stark zurückgegangen und reichten in der Baumwollindustrie für zwei bis drei Monate, in der Wollindustrie für drei bis vier und in der Flachsindustrie für sieben Monate.

Vertrauensvotum der türkischen Nationalversammlung für die Regierung.

Aus Angora wird gemeldet, daß die türkische Nationalversammlung das Vertrauensvotum für die Regierung angenommen hat. 169 Abgeordnete stimmten für und 20 gegen das Votum. 96 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

*

Ein neuer griechisch-türkischer Zwischenfall. Im letzten Augenblick wurde ein Transport auszutauschender türkischer Gefangener im Umfang von 1000 Mann zurückgehalten, als Nachrichten eintrafen, nach denen die Türken erneut Griechen aus dem Pontos austreiben und damit den Artikel 11 der Konvention vom 30. Januar über den Gefangenenaustausch verletzten.

Deutsches Reich.

** **Die deutschen Märzfeiern zum Gedächtnis von 1848.** Die 75. Wiederkehr der Märztage von 1848 hat allen republikanischen Verbänden im Reiche Veranlassung gegeben, würdige Feiern für den republikanischen Staatsgedanken und die Einheit des Reiches in vielen Städten vorzubereiten. Am 18. März findet die Erinnerungskundgebung in Berlin statt. Die Deutsche demokratische Partei Berlin veranstaltet eine Gedächtnisfeier im Rathaus, auf der Reichsminister Oeser die Festrede halten und Karl Ebert vom Staatstheater Verse Ferdinand Freiligraths sprechen wird. Vormittags findet die Veranstaltung der Sozialdemokratischen Partei im Großen Schauspielhause statt. Die Feier in der Paulskirche in Frankfurt am Main findet am 18. März, zur Zeit des Reichskongresses des Deutschen republikanischen Reichsbundes statt. Mitte März tritt in der Stadt des Frankfurter Vorparlaments das Republikanische Studentenkartell zu seiner Reichskonferenz zusammen. Mit diesem Ereignis ist gleichfalls eine Kundgebung der republikanischen Jugend und eine Ehrung der Opfer der Märzrevolution verbunden.

** **Ein deutschvölkisches Bündnis.** Die Deutschvölkische Freiheitspartei schreibt einer Berliner Korrespondenz: Zwischen der Führung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und der Führung der Deutschvölkischen Freiheitspartei ist auf Grund eingehender Aussprachen in Berlin und München ein Übereinkommen erzielt worden über gemeinsames Zusammenarbeiten.

** **Die bayerische Verschwörung.** Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Berlin, daß Berliner demokratische Blätter Notizen über eine bayerische Verschwörung bringen. Nach demselben Blatt soll General Ludendorff mit den verhafteten Verschwörern in Verbindung stehen. Die Verschwörer planten Lostrennung Bayerns von Deutschland und den Anschluß an die Alpenländer.

** **Versammlung der Oberlandesgerichtspräsidenten.** Am 10. März fand im preußischen Justizministerium die Jahresversammlung der Oberlandesgerichtspräsidenten statt. Sämtliche Präsidenten waren erschienen. Gegenstand der Besprechung waren alle zurzeit zur Erörterung stehenden Fragen insbesondere die Frage der möglichsten Beschleunigung der Zivil- und Strafprozeßverfahren und der Heranziehung der Laien zur Rechtspflege.

** **Empfang Prof. Einsteins durch den König von Spanien.** Prof. Einstein wurde, nach telegraphischer Meldung aus Madrid, am Mittwoch vom spanischen König empfangen. Abends fand auf der deutschen Botschaft zu Ehren Einsteins ein Empfang statt, an dem über hundert Personen teilnahmen. Am Donnerstag vormittag erfolgte dann die feierliche Einkleidung Einsteins zum Ehrendoktor der Universität Madrid. Unter den Rednern war der deutsche Botschafter Langwerth von Simmern, der die geistigen Beziehungen Deutschlands zu Spanien beleuchtete.

** **Emil Ludwigs „Entlassung“ wird gespielt.** Gegen das Bismarcks Entlassung behandelnde Kaiserdrama Emil Ludwigs hatte Kaiser Wilhelm bekanntlich Klage auf Verbot der Aufführung und Verbreitung erhoben. Vor der Hauptverhandlung, die nächste Woche stattfinden sollte, hat jetzt der Kaiser die Klage zurückgezogen. Das Werk wird nun demnächst auch in Berlin gespielt werden.

** **Veränderung in der Redaktion der „Hilfe“.** Aus der Leitung der von Friedrich Naumann begründeten demokratischen Wochenschrift „Die Hilfe“ ist ihr bisheriger Mitherausgeber der demokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Heile ausgeschieden. Als Herausgeber zeichnen jetzt Anton Erkelenz und Gertrud Bäumer.

** **Wiederaufnahme des Hardenprozesses.** Am 15. März findet vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig die Verhandlung über die von der Staatsanwaltschaft und der Nebenkläger Harden eingelegte Revision gegen das Urteil gegen die Harden-Attentäter Grenz und Weichert statt. Das Schwurgericht III hatte die beiden Angeklagten bekanntlich zu vier bezw. zwei Jahren Gefängnis wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt.

Freistaat Danzig.

Danzig als „Zentrum der russischen Monarchisten“.

Der „Dziennik Gdański“ hat in letzter Zeit wiederholt den Vorwurf erhoben, „Danzig sei das Zentrum der antipolnisch-monarchistischen Propaganda geworden“, und bezichtigte dabei insbesondere den Senat, daß er einige namentlich aufgeführte russische Monarchisten, die aus Polen ausgewiesen seien, durch Ausstellung von Personalpapieren, Unterbringung im Gebäude des ehemaligen russischen Generalkonsulats usw. in ihrer antipolnisch-monarchistischen Tätigkeit unterstützt habe. Sollte, so fragt die „Danz. Ztg.“, dem „Dziennik Gdański“ nicht bekannt sein, daß die polnische Regierung diese Personen als unerwünschte Elemente ausgewiesen und nach Danzig abgeschoben hat, daß sie ihnen Papiere ausstellte, die nur die Ausreise nach Danzig ermöglichten, daß sie sich weigert, diese abgeschobenen Personen zurückzunehmen? Sollte die polnische Presse nicht wissen, daß trotz nachdrücklichster Vorstellungen der Danziger Behörden die Erledigung der Angelegenheit durch die polnische Vertretung noch nicht erfolgt ist? Die polnische Presse täte besser daran, einen Weg zu weisen, auf dem Danzig die hierher aus Polen abgeschobenen Russen los werden kann; die Danziger Behörden würden auf jeden brauchbaren Vorschlag wohl sehr bereitwillig eingehen. So wie die Dinge in Wahrheit liegen, scheint der Vorwurf des „Dziennik Gdański“ an die falsche Adresse gerichtet zu sein.

Aus aller Welt.

Die Tschechen und England. In der tschechischen Presse macht sich in der letzten Zeit die Englandfeindliche Note etwas stärker geltend. Man macht England ziemlich unverblümt den Vorwurf, daß es absichtlich Frankreich in der Ruhrfrage isoliert habe, um es „hineinzulegen“. In demselben Maße versucht man die tschechische Oeffentlichkeit davon zu überzeugen, daß Frankreich die Hauptstütze des tschechischen Staates sei. — So sehr das alles der Auffassung eines großen Teiles der tschechischen Presse entspricht, ist doch der französische Einfluß auf diese Aufreizung der Stimmung gegen England unverkennbar.

Der unerwartete Erfolg der österreichischen Anleihe in England. Die Auflage der großen österreichischen Kreditanleihe in England hat einen außerordentlichen Erfolg gehabt. Die Subskriptionslisten wurden am 28. Februar geschlossen und man ist überzeugt, daß die Anleihe überzeichnet worden ist. Die Zeitungen knüpfen an diesen Erfolg die Hoffnung, daß die für den kommenden Sommer geplante größere Aktion daher auf keine nennenswerten Schwierigkeiten mehr stoßen wird.

Ein neuer Schritt zum autonomen Irland. Vom 31. März Mitternacht, an wird der Verkehr zwischen Britannien und dem irischen Freistaat für alle Zeiten als Einfuhr und Ausfuhr angesehen werden und den Zollgesetzen unterliegen, sowie den Regeln, die für den Überseehandel gelten. Das bedeutet einen weiteren Schritt zur Durchführung der Autonomie des irischen Freistaates.

Verhaftung von vier Bankdirektoren in Budapest. Wie die „Polizeikorrespondenz“ mitteilt, hat die Wiener Kommerzialbank gegen vier höhere Beamte, die schon vor längerer Zeit aus der Budapester Filiale der Bank ausgeschieden sind, bei der Budapester Staatspolizei die Anzeige erstattet, weil gelegentlich einer Bücherrevision ermittelt wurde, daß die vier Oberbeamten zum Nachteil des Instituts verschiedene Transaktionen abgewickelt haben. Wie der „Pester Lloyd“ mitteilt, heißt es in der Anzeige der Wiener Kommerzialbank, daß die ehemaligen Direktoren der Budapester Filiale Baron, Markus, Gal und Pogany seit etwa drei Jahren verschiedene Valuten- und Effektentransaktionen auf Gefahr ihres Instituts abgewickelt, den aus diesen Geschäften sich ergebenden Nutzen jedoch durch falsche Buchungen für eigene Zwecke verwendet haben. Nach den Schätzungen der Bücherrevisoren beläuft sich der Schaden auf etwa 600 Millionen ungarischer Kronen. Die genannten Personen, die zum Teil im Vorjahre, zum Teil schon früher aus dem Verbande des Instituts ausgeschieden sind, sind heute bei der Oberstadthauptmannschaft einem Verhör unterzogen worden. Die Untersuchung befindet sich noch im Anfangsstadium und die Polizei beobachtet vorläufig über alle Einzelheiten das strengste Stillschweigen.

Befundaufnahme in der deutschen Botschaft in Rom. Der Generalstaatsanwalt erschien persönlich in der deutschen Botschaft in Rom zwecks Befundaufnahme und vernahm das Personal und auch den Botschafter Neurath, sowie Legationsrat Altenburg. Es wurde ihm der zur Verfügung gehaltene Revolver des einen Einbrechers übergeben, in dem ein Schuß fehlt. Der Generalstaatsanwalt nahm ein ausführliches Protokoll auf. Die Vernehmung dauerte mehrere Stunden.

Am Freitag, dem 9. d. Mts. verstarb plötzlich der

frühere Reichsbankvorsteher

Herr Otto Schultz.

Derselbe war alsdann Beamter des Starostwo Kościan und jetzt mehrere Jahre in unserer Firma tätig.

Wir verlieren in demselben einen gewissenhaften und treuen Mitarbeiter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Kościan, den 12. März 1923.

Firma Moritz Glass

T. z o. p. [6078

Alle

Familien-Anzeigen

Verlobungen
Vermählungen
Geburten
Trauerfälle

im

Posener Tageblatt

werden in der Stadt Posen, sowie in der ehemal. Provinz Posen u. darüber hinaus, auch im Deutschen Reiche

gelesen!

Teatr Pałacowy

Plac Wolności 6.

Vom 12. bis 18. März:

Die zweite Serie unseres allgemeines Interesse hervorrufenden Meisterwerks der Filmkunst

Die zwei Mädchen von Paris unter dem Titel:

Durch Sturm zerbrochene Lilie.

Beginn der Vorstellungen pünktlich um $4^1/_2$, $6^1/_2$ und $8^1/_2$ Uhr.

Motorbreitdreschmaschine,

Marke „Standart“,

Trommel 1.70, mit dopp. Reinigung, fast neu, zu **verkaufen.** Angebote an

Wilhelm Tismer,

Orzeszkowo b. Dominowo.
Kreis Środa. [5365

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 13. 3., abends 7½ Uhr: „**Die Jüdin**“, Oper in 5 Akten von Halévy. Gastspiel Marja Janowska-Kopczyńska.

Mittwoch, den 14. 3. abends 7½ Uhr: „**Tosca**“, Oper in 3 Akten von Puccini. Gastspiel Marja Janowska-Kopczyńska.

Freitag, den 16. 3., abends 7½ Uhr: „**Maskenball**“, Oper in 3 Akten von Verdi. Gastspiel Marja Janowska-Kopczyńska.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol Ecke ul. Fredy und Sew. Mielżyńskiego.

Statt Karten.

Für die herzliche Anteilnahme während der Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben Mannes

Otto Fechner

und für die schönen Kranzspenden sage ich allen hierdurch meinen tiefgefühltesten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen

Emma Fechner.

Poznań, den 12. März 1923. [9077
ul. Grunwaldzka 28.

Opel-Automobile

in **weltbekannt** erstklassiger Ausführung kurzfristig lieferbar durch

4603]

„Brzeskiauto“ T. A., ul. Skarbowa 20. Poznań.

KINO COLOSSEUM

św Marcin 65

Vom 12. bis 18. März

Lucjano Albertini

Der stärkste Mann der Welt in dem 6aktigen Sensations-Abenteuer-Drama [526

Der Mann aus Stahl.

Landwirt sucht zum 1. Juli d. Js.

Gut von 500–1000 Morgen

zu pachten, evtl. ein **zweites kleines Gut** in der Nähe. Angebote unter **H. H. Z. 5956** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Materjał Budowlany Tow. Akc.

in Poznań, ul. Seweryna Mielżyńskiego 23

Telegr.-Adresse: **„MABU“** Telephon: **2976 u. 3874**

liefert ab Lager Poznań oder waggonweise direkt aus der Fabrik:

Portlandzement der renommierten Fabrik „Wiel“.
Kalk in Stücken u. hydraulischen.
Ziegel gewöhnlich, Balkonziegel und Wandziegel.
Deckensteine von Westfal, Förster und Klein.
Maurergips,
Dachpappe und **Isolierpappe,**
Deckenrohr,
Quadratnägel von 2—10" als auch Rohr- u. Pappennägel,
Glühdraht $1^1/_2$ und 2 mm.

P. S. Die Herren Klienten aus Pommerellen können die obigen Waren durch Vermittlung unserer Filiale in Thorn, ul. Królowej Jadwigi. (Lokal der Polski Bank Handlowy) beziehen.

Obst- und Alleebäume, Pfirsich-, Frucht- und Ziersträucher, Rosen, Spargel-, Erdbeer- u. Heckenpflanzen, sowie sämtl. Baumschulenartikel empfiehlt **Aug. Hoffmann, Baumschulen, Gniezno.** [5513

Arbeitsmarkt

Suche für mein Getreidegeschäft

2 Buchhalterinnen,

1 für Stenographie und Schreibmaschine, für **sofort** oder **1. April d. Js.** — Hohes Gehalt.

Adolf Abraham, Jarocin. [5959

Zur Frühjahrssaat

offeriert sämtliche [5898

Gemüse- u. Blumensamen

in zuverlässiger reeller Saat

Bruno Hoffmann, Samenhandlung, Gniezno, ul. Chrobrego 35

1000 Zentner [5951

Zuckerrüben-Stecklinge

aus deutscher Elitesaat,

hat im April abzugeben

Dominium Lipie,

Post- und Bahnstation: **Gniewkowo.**

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.:

Versand-Buchhandlung

liefert jetzt direkt an die Besteller folgende Werke und Zeitschriften:

Müller, Deutsche Liebe. Aus Papieren eines Fremdlings.
Berger, Den lieben Mädels und feinsinnigen Frauen.
Schlaf, Ein freies Weib. Roman.
Arbeitsrecht, Arbeitspflicht. Arbeitszwang.
Germanicus, Englands deutsche Politik.
Moles, Wohin haben uns Parlamentismus und Demokratie gebracht?
Goslar, Amerika 1922. (Illustriert.)
Kramer, Auf drei Beinen durchs heilige Rußland.
Holitscher, Gesang an Palästina.
Dilthey, Leben Schleiermachers. I. Band.
Neuburger, Ich kann wirtschaften.
Dreier, Die Siedler von Hohenmoor. Ein Buch des Zornes und der Zuversicht.
Dr. Baerwald, Der Mensch ist größer als das Schicksal.
Dr. Beyer, Menschenökonomie.
Blos, Die französische Revolution.
Eulenberg, Wir Zugvögel. Roman.
Jellinck, Das Weltengeheimnis.
Schöne Frauen in 60 Meisterbildern.
Hardt, Die Töchter der schönen Susanna. Roman.
Wolke, Der Hof des Schweigens. Roman aus Island.
Heile, Nach Rapallo im Sowjetlande.
Harwig, Die Stunde kommt. Roman vom Gardasee.
Kraze, Amey, Ein Roman aus der Zeitseele.
Boy-Ed, Annas Ehe. Roman.
Müller-Partenkirchen, Bauerngeschichten.
Courths-Mahler, Von welcher Art bist Du? Roman.
Frenzel, Goethe, unser Führer.
Brandt, Deutsche Geschichte.
Sand, Der Fall Gehrsdorff. Roman.

Zeitschriften:

Die Woche. — Daheim. — Velhagen und Klasing's und Westermann's Monatshefte. — Europäische Modenzeitung. — Für's Haus. — Deutsche Jägerzeitung. — Die Gartenlaube. — Der Bazar (Frauen-Modeblatt). — Vobachs Frauen- und Modenzeitung.

Sämtliche Bestellungen,

auch solche von hier nicht angezeigten Büchern, Zeitschriften und Musikalien bitten wir **direkt an uns** zu senden!

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6

---

14. III. Bef.: II. Brdrm.

Witwer ohne Anhang, selbständiger Uhrmacher, 45 J. alt, deutsch-kath., solid und strebsam wünscht

Einheirat

in Uhrengeschäft. Off. u. **R. 6082** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

---

2 evang. Landwirte,

Mitt 30, d. erste m. [illegible]0 Million. bar, der zweite **Besitzer** einer **Landwirtschaft, suchen**

Damenbekanntschaft

zwecks Heirat. Für ersteren Einheirat bevorzugt. — Gefl. Zuschr. unt. **6072** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Gesucht von sofort oder später **bestempfohlene**

Pflegerin

[5922

für ein $1^1/_4$ Jahr altes Kind.

Offerten an

Schloß Wilaszyce, pow. Jarocin.

Jungfer oder besseres Stubenmädchen

d. nähen, plätten und servieren kann, für **bald** oder **1. April d. Js. gesucht.** — Meldungen mit Zeugnisabschriften zu richten an:

Frau Rittergutsbesitzer Kirsehstein,

Wielki Lubin, pow. Jarocin. [5930

Ich biete zu günstigen Festpreisen zur Lieferung ab meinem Lager in Poznań an:

Original Dehne **„Simplex“-Drillmaschinen**
4 M, 3 m breit mit 25 Reihen.

Original Siedersleben **„Saxonia“-Drillmaschinen**
3 m breit, mit 25 Reihen, mit **Stellwerk** und **patentierter Entleerungs-Vorrichtung.** [5941

Telephonische oder telegraphische Bestellungen erbeten. Zwischenverkauf vorbehalten.

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28. Telephon 2430.

Fenster-Glas

Ornament-, Kathedral-, Rohglas (auch gerippt), Drahtglas, Spiegel, Kitt, Glaserdiamanten liefert [5248

Polskie Biuro Sprzedaży Szkła T. z o. p. dawn. M. Fuss,
Poznań Małe Garbary 7a. — Telephon 2863.

Favorit

Mode-Album und Schnittmuster angekommen.

(528

Stefan Kalamajski

Poznań,
Plac Wolności 6.

Portier

für Industriewerk, nüchtern fleißig und gewissenhaft, nicht unter 30 Jahren, gedienter Soldat, sofort für **Nakło** gesucht. Offerten mit Lebenslauf, Zeugnissen und Gehaltsansprüche an **L. Baerwald, Nakło,** erbeten. [6061

Förster,

unverh., sucht **Stellung** vom 1. April cr. oder später.

Offert. an die Geschäftsstelle d. Bl. unter **L. 5948.**

Obermüller,

evang., 46 Jahre alt, **sucht** ab 1. April d. Js. anderweitig **Stellung,** auch auf Gutsmühle als Alleiniger. Jetzig. Stellung 13 J. Zuschr. erb. unt. **G. S. 3174** a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Stellengesuche.

Fräulein, seit 8 Jahren berufstätig, in Stenographie und Schreibmaschine geübt sowie in Kontorarbeiten bestens bewandert, mit guter Handschrift, **sucht** zum 1. April

Stellung in gutem Hause. Gefl. Angebote u. **F. 6080** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Suche für meine 17 jährige Schwester (Waise) Aufnahme zur gründlichen

Erlernung des Haushalts

bei Familienanschluß. Gut resp. Försterei bevorzugt. Gefl. Ang. u. **K. 6074** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Diener,

31 Jahr, verh., **kinderlos,** Oberschl., **erfahren** und **umsichtig im Fach,**

sucht Stellung

als **1.** oder **alleiniger** für **sofort oder später.**

Offerten an [5952

Paul Joschko,

Berlin,

Alexandrinerstr. 87 III.

Ausschneiden! **Ausschneiden!**

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat März 1923

Name

Wohnort

Postanstalt

Straße

Moderne

4-Zimmer-Wohnung

in guter Lage gegen **5–7-Zimmerwohnung**

zu tauschen gesucht.

Offerten unt. **6084** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Gut erhaltene eiserne

Kinderbettstelle mit Matratze

zu verkaufen. Zu besichtigen bei **Herde, ul. Półwiejska (Huggerbrauerei).** (6075

Langjährige Krankenschwester und Krankenpflegerin

wird frei und nimmt **Pflegen** an.

Offerten unt. L. 6000 an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Frankreich wünscht zum Schluß zu kommen.

Ungeschwächter Widerstand der Bevölkerung: vier Franzosen bei Nacht ermordet.

Paris hofft auf Verhandlungen.

Das Interesse an der bevorstehenden Reise Poincarés nach Brüssel ist in Paris nicht groß, da man annimmt, daß die Besprechungen sich ausschließlich um den Ausbau der französisch-englischen Aktion im Ruhrgebiet und im Rheinland drehen werden. Die öffentliche Meinung Frankreichs erwartet nach den schweren Enttäuschungen seit dem Beginn der Aktion nichts mehr von dem angekündigten Ausbau. Das ganze Interesse erstreckt sich auf die Fragen, wann Verhandlungen mit Deutschland möglich werden und was aus ihnen zu erwarten ist.

In französischen politischen Kreisen ist man nach dem Pariser Korrespondenten der „Danz. Zt." davon überzeugt, daß der Verhandlungswille auf deutscher Seite mindestens ebenso groß ist wie im französisch-belgischen Lager. Man legt dem Umstand, daß der Reichskanzler den Beginn etwaiger Verhandlungen nicht von der vorherigen Räumung des Ruhrgebietes abhängig gemacht hat, große Bedeutung bei und nimmt weiter an, daß Stresemann die Aufgabe übernommen hatte, im Einverständnis mit dem Reichskanzler zu sagen, was von Vertretern der Reichsregierung unter den gegenwärtigen Umständen nicht mit aller Offenheit gesagt werden konnte.

Das „Echo National" bedauert, daß die Reichstagsreden hier zu optimistisch beurteilt und als Symptom für die bald eintretende Möglichkeit von Verhandlungen aufgefaßt werden. Das clemencistische Organ meint, als Vorbedingung für Verhandlungen sei der Rücktritt Cunos zu betrachten.

„Wir dürfen nicht verzweifeln."

Der Sonderkorrespondent der „Information" schließt einen Bericht aus Düsseldorf mit den Worten: „Wir dürfen nicht verzweifeln. Wir werden endlich doch noch den Sieg davontragen. Aber es hängt von unserer Energie ab, die Zeit des Konfliktes abzukürzen und die nötigen Opfer zu verringern. Heute wird die Zusammenkunft Poincarés mit Theunis in dieser Hinsicht gute Wirkungen ausüben."

Nach dem Pariser Korrespondenten des „Berl. Tagebl." sind sich die leitenden Stellen in Paris anscheinend selbst im Unklaren, was zu tun sei, oder untereinander uneinig darüber. In manchen Kreisen wird davon gesprochen, die Besetzung auf Frankfurt oder Heidelberg auszudehnen. (Dort könnten die Franzosen ein ruhmreiches Denkmal ihrer geschichtlichen Tätigkeit im zerstörten Heidelberger Schloß bewundern. D. Red.)

Im „Echo de Paris" erklärt Pertinax, daß die Regierung solchen Plänen abgeneigt sei. In der Zeitung „Paris-Midi" wendet sich der diplomatische Mitarbeiter gegen jede Erweiterung der Besetzung und warnt dringend davor, napoleonische Allüren anzunehmen. Der Ministerpräsident sei fest entschlossen, die Politik des Zwanges auf das bisher besetzte Gebiet zu beschränken.

Die französischen Generale,

an ihrer Spitze Kriegsminister Maginot und der frühere Kriegsminister Lefèvre, empfehlen jetzt von neuem die „starke Methode", das heißt weitere Besetzungen, da das bisherige Verfahren völlig versagt habe. Man hofft nur noch auf ein Wachsen des wirtschaftlichen Drucks in Deutschland und eine sich daraus ergebende Opposition der Sozialdemokraten gegen die Regierung Cunos. Doch scheint in Wirtschaftskreisen auch diese Hoffnung schwach zu sein. In der „Information" erklärt ein Wirtschaftspolitiker: „Wenn wir auch Sorgen haben, so hat doch Berlin noch größere Sorgen. Das Reich muß nachgeben, aber es will nicht, daß es in seinem Ansehen geschädigt wird. Wenn man in Berlin ernsthaft wollte, ließen sich schon Garantien finden, die man uns anbieten könnte. In diesem Falle hat man auf beiden Seiten jetzt schon lange genug überlegt. Man sollte zum Schluß kommen."

Stillegung von 42 Hochöfen in Frankreich.

Über die Lage im luxemburgisch-ostfranzösischen Industriegebiet liegen folgende glaubwürdige Nachrichten vor: Am 1. Januar waren in Frankreich und Luxemburg 221 Hochöfen vorhanden, von denen 152 in Ostfrankreich und Luxemburg liegen. 116 Hochöfen waren in Betrieb, davon 88 in Ostfrankreich und Luxemburg. Der Rest war in Bereitschaft oder durch Bau oder Reparaturen außer Betrieb. Seit dem 1. Februar ist die Zahl der arbeitenden Hochöfen in diesen Gebieten von 88 auf 46 zurückgegangen.

Neues deutsches Reparationsprogramm?

Der Berliner Korrespondent des „Journal" übermittelt ein sensationelles Telegramm, in dem er erklärt, von maßgebenden diplomatischen Kreisen sei ihm mitgeteilt worden, daß die deutsche Regierung seit mehreren Tagen an der Fertigstellung des neuen Reparationsprogramms arbeite. Dieses Programm beruhe auf den Prinzipien der Vorschläge, die Bergmann in Paris auf der letzten Konferenz vorlegen sollte, entferne sich jedoch in mehreren bedeutsamen Punkten von diesem Projekt, besonders hinsichtlich der Sachlieferungen.

Das Projekt bestehe aus fünf Teilen: 1. Sachlieferungen, 2. Barleistungen, 3. Garantien, 4. äußere und innere Anleihe, 5. Sanierung der deutschen Finanzen.

Die deutsche Industrie sei zweifellos augenblicklich zu Opfern bereiter als vor Monaten. Man müsse hervorheben, daß die augenblicklichen Studien der deutschen Regierung **kein Zeichen einer bevorstehenden Kapitulation, sondern nur Vorbereitung kommender Vereinbarungen** seien, die man für eine nicht allzu ferne Zeit erwarte. Berlin hoffe, so behauptet der Franzose, mehr denn je auf die Intervention einer dritten Macht, mache sich jedoch über das Wesen dieser Macht keine bestimmten Vorstellungen. Jedoch werde der Name des tschechischen Ministers des Äußern Dr. Benesch immer häufiger genannt, da er als einzige Persönlichkeit gelte, die französischerseits keine offizielle Ablehnung erfahren werde.

Um die Begräbniskosten für Delcassé.

In der Kammer führte die Aussprache über die Kosten der Begräbnisfeier für Delcassé zu heftigen Auseinandersetzungen. Die sozialistischen und kommunistischen Redner kennzeichneten in scharfen Worten die Tätigkeit Delcassés. Ein Redner sagte: „Wenn wir viele solcher Politiker gehabt hätten, so wäre Frankreich heute verloren." Delcassé wurde als ein „unheilvoller Mann" bezeichnet und ihm vorgeworfen, daß er vor dem Zaren auf den Knieen gelegen habe. Der Führer der bürgerlichen Linken, Herriot, trat für Delcassé ein. Dagegen protestierten die Sozialisten. Schließlich wurde der für das Begräbnis geforderte Kredit in Höhe von 40 000 Franken mit großer Mehrheit bewilligt.

„Beleidigung der französischen Armee."

Kriegsminister Maginot hat ein Strafverfahren gegen die kommunistische „Humanité" beantragt. Es handelt sich um einige Artikel dieses Blattes über die Ruhrbesetzung, die, wie Maginot in seinem Klageantrag bemerkt, darauf ausgingen, das Vertrauen des Landes und die Moral der Truppen zu untergraben sowie den Widerstand der Bevölkerung im Ruhr- und Saargebiet zu begünstigen. Heute wurde der Leiter der „Humanité" vom Untersuchungsrichter vernommen. Es wurde ihm dabei mitgeteilt, daß er wegen Beleidigung und Verleumdung der französischen Armee strafrechtlich verfolgt werde.

General Degoutte spricht von Kampf und Beute.

Bei einem Empfang französischer und ausländischer Journalisten in Düsseldorf versuchte General Degoutte zu beweisen, warum die Besetzung des Ruhrgebiets den Charakter eines Kampfes angenommen habe. Er machte für diese Entwicklung natürlich die deutsche Regierung verantwortlich und wandte sich gegen die angebliche deutsche Propaganda, die die Franzosen systematisch mit allen Verbrechen belaste. Zum Schluß erklärte Degoutte, **daß Frankreich die Beute nicht loslasse**, sondern den Kampf bis zum siegreichen Ende durchführen werde.

Von zuständiger deutscher Seite wird zu diesen Ausführungen erklärt, daß das einzig beachtenswerte daran ist, daß sie mit der französischen Version der „friedlichen Mission der Ingenieure" aufräumt und zugibt, daß die Besetzung des Ruhrgebiets den Charakter eines Kampfes angenommen hat. Entgegen den französischen propagandistischen Behauptungen genügen die zahllosen unparteiischen Zeugnisse deutscher und ausländischer Journalisten, um der Welt klarzulegen, daß es im Ruhrgebiet keine Akte des Aufruhrs, sondern nur Akte des französischen Terrors gibt.

Kriegsminister Maginot

hat sich in Begleitung des Generals Buat in das besetzte Gebiet begeben. Der Ministerpräsident empfing Maginot noch vor seiner Abreise und hatte eingehende Besprechungen mit ihm. Maginot wird eine Inspektionsreise im Rheinland und Ruhrgebiet unternehmen, wo er unter anderem mit General Degoutte und den übrigen Generalen der Besatzungsarmee zusammenkommen wird. Er wird auch die Truppen in den Kasernen besuchen, um sich über ihre Unterbringung und Verpflegung zu unterrichten. Während General Buat sofort nach Paris zurückkehren wird, begibt sich Maginot gemeinsam mit General Degoutte und dem Vorsitzenden der interalliierten Rheinland-Kommission nach Brüssel, wo er an den Besprechungen Poincarés mit der belgischen Regierung teilnehmen wird.

Versuche, in die Zechen einzudringen.

Die Franzosen scheinen eine Aktion gegen die Zechen vorzubereiten, um die Kohlenförderung im Ruhrgebiet in eigene Hand zu nehmen.

In Gelsenkirchen wurden am 9. März von französischen Truppen die Zugänge zur Zeche Konsolidation besetzt. Sonnabend erfolgte auch der erste Eingriff der Franzosen in ein Industriewerk. Am Morgen drang eine französische Ingenieur-Kommission mit Unterstützung einiger Offiziere unter starker militärischer Bedeckung in das Verwaltungsgebäude der Gießerei-Abteilung der Gelsenkirchener Aktiengesellschaft ein und verlangten Einlaß in das Werk zu einem Rundgang. Dieses Verlangen wurde abgelehnt, aber mit Unterstützung des Militärs gelang es der Kommission, in den Betrieb einzudringen und an Hand eines mitgebrachten Planes den Rundgang vorzunehmen. Es handelte sich anscheinend darum, die Bestände an Erz und Kohle festzustellen. Vier Beamte wurden verhaftet, jedoch nach Beendigung des Rundganges wieder freigelassen. Nach dem Eindringen der Franzosen legte die gesamte Belegschaft die Arbeit nieder und entfernte sich. Der Besonnenheit der Arbeiter ist es zu danken, daß es zu keinerlei Zwischenfällen kam.

In Hamborn wurden sämtliche Eingänge der August-Thyssen-Hütte von einem belgisch-französischen Truppenaufgebot besetzt. Eine Ingenieurkommission erschien mit mehreren Offizieren im Verwaltungsgebäude und verlangte vom Generaldirektor Lenaris Angaben über die Bestände an Waren und Rohstoffen, was aber abgelehnt wurde. Die Kommission begab sich dann unter militärischer Bedeckung in die Werke. In dem Augenblick, als die Kommission die Werke betrat, begannen Sirenen der Hütte zu heulen und verstummten erst, als sie das Werk verließen. Tausende von Arbeitern umstanden währenddessen das Direktionsgebäude. Fritz Thyssen wurde von der versammelten Menge mit lauten Zurufen begrüßt.

Französische Eingeständnis der Bochumer Verwüstungen.

Der „Temps" beginnt allmählich die Pariser Bevölkerung auf das Eingeständnis der schweren Verwüstungen der Franzosen in der Bochumer Handelskammer vorzubereiten. Er bringt einen Bericht des Korrespondenten der „Daily News" an dieses Blatt, in dem zugegeben wird, daß die französischen Truppen durch die lange Zeit, die sie in der Kaserne eingesperrt wären, möglicherweise entnervt und der Kontrolle entzogen seien und einen gewissen Schaden angerichtet hätten. Diese Darstellung wird zwar durchaus noch nicht den tatsächlichen Ereignissen gerecht. Was die Franzosen angerichtet haben, ist nach Meldung von Augenzeugen nicht ein gewisser Schaden, sondern eine völlige Verwüstung. Auch kann die lange Zurückhaltung der Truppen in der Kaserne die Verantwortung der französischen Regierung nicht mildern, ganz abgesehen von dem schlechten Zeugnis, das dem französischen Militär hiermit ausgestellt wird. Immerhin aber ist die Tatsache, daß der „Temps" diesen Bericht bringt, ein Zeichen dafür, daß es den Franzosen selbst nicht möglich ist, ihre Ableugnungsversuche weiter fortzusetzen.

Freigabe des Stadtinneren von Bochum.

In Bochum haben die Franzosen den verschärften Belagerungszustand am Sonnabend aufgehoben. Das Innere der Stadt, das seit ein paar Wochen abgesperrt war, ist freigegeben, so daß der Geschäftsverkehr, der während der ganzen Zeit lahmgelegen hatte, heute langsam wieder in Fluß gebracht werden kann.

Der Ueberfall auf Horst-Emscher.

Die französische Besatzung ist in Horst Emscher zur Entwaffnung und Festnahme der Schutzpolizei-Beamten geschritten. Die Beamten, die meistens in Privatquartieren untergebracht sind, wurden herausgeholt — —, auf ein Lastauto geladen und in nördlicher Richtung abgeführt. Im Anschluß daran wurde ein Sturm auf die Fortbildungsschule unternommen. In den Schulräumen wurde in ähnlicher Weise gehaust wie seinerzeit in Gelsenkirchen. Schränke, Pulte usw. wurden zerschlagen, ihr Inhalt wurde herausgerissen, zerrissen und völlig unbrauchbar gemacht. Der Globus wurde mit den Bajonetten zerstochen, das an der Wand hängende Kruzifix zerschlagen. (Das ist das „christliche" Frankreich!!) An den Amtmann Dr. Schuhmacher wurde aufs neue die schon vor einigen Wochen erhobene Forderung gestellt,

---

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(45. Fortsetzung.)

Als er dann das Haus durchsuchte nach der Geliebten, als er sie selbst in der Kammer nicht fand, erschrak er furchtbar, und sein Geist quälte sich mit den beängstigsten Bildern und Vorstellungen ab. Daß sie wieder in das Hotel gegangen war, erschien ihm selbstverständlich, und er machte sich die bittersten Vorwürfe, daß er sie allein gelassen hatte.

Unschlüssig durchirrte er eine Weile die sämtlichen Räume seiner Hütte, endlich ging er nach der Kammer zurück, machte Licht und fand Ruths Zettel. Er fühlte die wachsende Entfremdung, die aus den Zeilen sprach, fühlte den Trotz, der sie zu dem Grafen trieb, da er sie verlassen hatte, und machte sich erneut Vorwürfe über sein Verhalten ihr gegenüber, das ihm mit einem Male sinnlos und unklug vorkam. Dann überlegte er, was er beginnen sollte.

Sein Stolz gebot ihm, ruhig zu warten, bis sie zurück kam. Seine Sorge dagegen drängte ihn, ihr nachzueilen und sie zurückzureißen vom verderblichen Abgrund.

Dann jedoch fragte er sich wieder, ob es auch klug wäre, sie im Hotel gewissermaßen zu überfallen und zur Rückkehr zu zwingen; denn er sagte sich, daß jedes Ueberspannen des Bogens zu einem Bruche führen konnte, der dann vielleicht überhaupt unheilbar war und das Unglück nur noch vergrößerte.

Voll der bedrückendsten Zweifel verließ er endlich das Haus und setzte sich an den Tisch vor der Hütte, um zu warten, bis sie kam.

Er war müde gewesen von der Anstrengung des Tages und hatte sich für den Abend nach Ruhe gesehnt; nun aber floh der Schlaf seine Lider, denn die Sorge wachte in ihm und ließ ihn nicht zur Ruhe kommen. Gequälten Herzens lauschte er hinaus in die Nacht, ob sie nicht irgendwelche Kunde brächte von der fernen Geliebten.

Da trug plötzlich der Wind abgerissene Geigentöne zu ihm herüber. Sein Verstand sagte ihm, daß dies Wildenbrunner war, denn niemand außer ihm verstand so zu spielen; und seine Phantasie ergänzte, indes er angestrengt den bald stärker bald schwächer hörbaren Tönen lauschte, das nächtliche Bild: Da spielte Wildenbrunner irgendwo Geige, einen wilden, verwirrenden Tanz, und Ruth, seine Ruth, wiegte sich dazu im Takte und diente einem Kreise wildfremder Menschen, vielleicht schon in halber Betäubung, als Schauobjekt.

Da litt es ihn auf einmal nicht mehr auf der Bank: erregt sprang er auf, rannte ins Haus, holte Hut und Stock, und lief mehr, als er ging dem Hotel zu, das trotz der späten Nachtstunden noch hell erleuchtet war.

Das Geigenspiel hatte aufgehört und vergebens spähte er die breite Fassade entlang, ob er nicht irgendwo etwas von Ruth sähe. Aber die langen Zimmerreihen der oberen Stockwerke waren dunkel, in den Sälen des Erdgeschosses saßen nur einige gleichgültige Menschen, und von Ruth konnte er nirgends eine Spur entdecken.

Da wandte er sich brüsk an den Pförtner und heischte Auskunft über den Aufenthalt der Tänzerin, die vor kurzer Zeit das Hotel betreten haben müsse. Vergeblich suchte der Pförtner nach Ausflüchten. Fernleitner erkannte an seinem Verhalten sofort, daß der Mann ein Geheimnis wußte, und drang immer rücksichtsloser in ihn, ihn zu Ruth zu führen.

Der Pförtner, von den wilden Drohungen Fernleitners erschreckt, bekam Angst und erklärte sich bereit, den Generaldirektor zu rufen. Aber Fernleitner, der auch dieses Versprechen nur für eine Ausflucht hielt, schritt, als der Mann die Treppe hinaufging, eilfertig hinter ihm drein und befahl ihm in einem Tone, der keinen Widerspruch zuließ, ihn unverzüglich zu Ruth zu führen.

Die Bedientenseele des Mannes schwankte noch einen Augenblick zwischen der Ungnade seines Brotherrn, der sicher sehr unangenehm wurde, wenn er ihm den zweifellos ungebetenen Gast auf die hohe Terrasse brachte, und den Gefahren, die in dem kampfbereiten Verhalten Fernleitners lagen. Seiner Feigheit schienen diese unverhüllten Drohungen als der stärkere Druck, und so führte er denn den Dichter verzweifelt nach dem Gang, der in seiner Verlängerung nach der hohen Terrasse führte.

Dort freilich, wo der Gang ins Freie zu münden begann, stahl er sich scheu davon und überließ es seinem Brotherrn, Betrachtungen darüber anzustellen, wer den hochgradig Erregten auf die richtige Spur gebracht haben konnte.

Das Bild, das sich Fernleitners Blicken bot, als er die hohe Terrasse betrat, war schaurig und grotesk zugleich; in der weiten Halle brannte kein Licht, nur der Mond warf seinen ungewissen Schein auf den Kreis der verträumten Schläfer, die gleich Lemuren in den Polstersesseln ruhten. In seltsam verzückten und verzerrten Stellungen lagen, die Körper auf den Polstern und nur die festgeschlossenen Augen wiesen darauf hin, daß man es noch mit Lebenden zu tun hatte.

Inmitten des Kreises der Schlafenden aber war wie eine geknickte Blume Ruth hingesunken; ihr Antlitz war totenblaß, ihrem leicht geöffneten Mund entrang sich stoßweise der Atem, durch ihre gelösten Glieder ging hie und da ein nervöses Zucken. Einige Sekunden betrachtete Fernleitner mit starrem Blick das seltsame Schauspiel. Dann trat er kurz entschlossen in den Kreis der Schlummernden, beugte sich über Ruth, hob sie zärtlich auf und trug sie davon.

Als er an dem Grafen vorbeischritt, öffnete dieser für einen Augenblick die müden Lider und starrte verwundert auf den Dichter.

„Wir beide sprechen uns morgen!" kam es finster und drohend von den Lippen Fernleitners.

Dann schritt er an ihm vorbei in den Gang, die Treppe, hinab, aus dem Hotel und trug Ruth auf seinen starken treuen Armen den Hang hinan unter das schützende Dach seines Heims.

(Fortsetzung folgt.)

die Listen der Personen abzuliefern, die Waffen abzugeben hätten und andere Listen auszuliefern. Auch diesmal lehnte Dr. Schuhmacher dieses Verlangen ab und lieferte die Listen nicht aus.

Günstige Ernährungslage im Ruhrgebiet.

Im Reichstag besprach der Ernährungsminister Dr. Lutter, früher selbst Oberbürgermeister von Essen, die Ernährungslage im besetzten Gebiet. Es seien noch reichliche Vorräte an Mehl und Getreide vorhanden, die auf lange Wochen ausreichten. Die von der Reichsregierung getroffenen Vorkehrungen für die Versorgung der besetzten Gebiete mit Fett, Speck und Schmalz bewährten sich im allgemeinen sehr gut. Notfälle die immer wieder durch Gewaltzugriffe der Franzosen und Belgier entständen, würden stets nach Möglichkeit sofort behoben. Außerhalb der besetzten Gebiete habe die Reichsregierung das notwendige Brotgetreide bis in den Sommer hinein fest in der Hand, außerdem sei die Kartoffelernte unzweifelhaft gut und ergiebig gewesen

Die gefälschten Bienen.

Eine neue Uebeltat Deutschlands.

Im „Radical" wird eine neue Vertragsverletzung Deutschlands aufgedeckt, die so raffiniert ist, daß sogar die Franzosen nicht wissen, welche Sanktionen sie für diese deutsche Verfehlung zu verhängen haben. Die Deutschen haben es fertig gebracht, die Bienen, die nach dem Vertrag an französische Bienenzüchter zu liefern waren, zu verfälschen. Aber diese Moritat muß nach der französischen Darstellung geschildert werden, damit sie ins rechte Licht gesetzt wird. Also der „Radical" erzählt: „Die Deutschen waren verpflichtet, uns einen Ersatz für die Bienenstöcke zu senden, die sie systematisch zerstört haben. Sie ließen sich lange Zeit; aber endlich kam der Bienenzug an, und die Bienenkörbe wurden verteilt. Es war also alles in Ordnung? Deutschland hat wenigstens diese Wiedergutmachung richtig ausgeführt? Irrtum! Wer so urteilt, kennt die Deutschen nicht. Die Bienen, die sie unseren Züchtern geliefert haben, sind „Ersatzbienen". Sie vermehren sich erstaunlich, aber sie bringen keinen Honig hervor. Wieder einmal sind wir bestohlen und betrogen, und wir können uns nicht einmal beklagen, weil wir selbst zu vertrauensselig gewesen sind. Schon vor dem Kriege war es ein gutes Geschäft Deutschlands, gefälschte Bienen für die Ausfuhr zu liefern. Dieser Handel hat den Deutschen einen doppelten Vorteil gebracht. Sie verkauften ihre falschen Bienen in der ganzen Welt und ließen sich gut dafür bezahlen, und sie behielten die richtigen Bienen, die Honigbienen für ihren eigenen Bedarf. So ist das gute Deutschland!" Diese Geschichte ist weit weniger komisch, als man glauben wird, denn gerade heute wird in der Wochenschrift „Aux Ecoutes" erzählt, daß die Lieblingsnahrung des sonst sehr genügsamen Poincaré der Honig ist, den er in großen Mengen zu sich nimmt. Wir dürfen uns also nicht wundern, wenn nächstens zur Strafe für die Bienenverfälschung eine neue deutsche Stadt besetzt wird

Widerlegung französischer Propaganda gegen Deutschland.

Bei der letzten Reichstagsdebatte hat in der Rede des Reichskanzlers Cuno sowohl, wie des Abgeordneten Stresemann die Frage des deutschen Reparationsplanes vom Dezember eine große Rolle gespielt. Von beiden Rednern wurde erklärt, daß die französische Darstellung, sowohl wie sie im Gelbbuch der französischen Regierung geliefert wurde, wie auch in zahlreichen ergänzenden Kommentaren der Havas-Agentur und der Pariser Presse, bestrebt war, den Sachverhalt zu verwischen. Besonders legte die französische Darstellung Gewicht darauf, daß der Staatssekretär Bergmann nach Paris nur mit einem mündlichen Angebot gekommen sei, und daß vor der Pariser Konferenz deutsche Großindustrielle zwar Wirtschaftsverhandlungen wegen des Austausches von Kohle und Erz in Paris angeboten hätten, jedoch hinter dem Rücken der deutschen Regierung. Schon in der Reichstagsdebatte hat Dr. Stresemann erklärt, daß hier eine neue Propaganda gegen Deutschland im Entstehen begriffen sei, die durchweg auf falschen Grundlagen beruhe und der deshalb unbedingt rechtzeitig entgegengetreten werden müsse. Zu dieser Entgegnung haben sich jetzt der an den Pariser Verhandlungen persönlich beteiligte Staatssekretär Bergmann, der deutsche Außenminister v. Rosenberg und die Großindustriellen Stinnes, Klöckner und Silberberg zusammengefunden.

Staatssekretär Bergmann erklärt, daß er nach Paris nicht nur mit einem mündlichen Angebot gefahren sei, sondern daß er den fertigen schriftlich ausgearbeiten Reparationsplan in der Tasche hatte. Der Außenminister von Rosenberg erklärt, daß nach der ergebnislosen Londoner Konferenz die Reichsregierung die drei Großindustriellen zu Verhandlungen nach Frankreich entsandte, um über die schwebenden Reparationsverhandlungen hinaus noch die Bedürfnisse der französischen Großindustrie an der Koksproduktion des Ruhrgebietes zu befriedigen und daß dieser Entsendung keineswegs die böse Absicht heimlicher Verhandlungen zugrunde gelegen habe. Ebenso erklären die Herren Stinnes, Klöckner und Silberberg persönlich, daß die Behauptungen, sie hätten ihre Verhandlungen ohne Kenntnis der deutschen Regierung führen wollen, jeder Grundlage entbehren.

Eine weitere Verdächtigung, die jeder Grundlage entbehrt, wird im französischen Gelbbuch ausgesprochen, daß nämlich die drei durch den deutschen Botschafter Dr. Mayer angemeldeten Industriellen die Absicht gehabt hätten, Frankreich zu einer wirtschaftlichen und politischen Verständigung mit Deutschland hinter dem Rücken seiner Alliierten zu verleiten. Hiergegen erwidert der Minister des Auswärtigen v. Rosenberg: „Die deutschen Absichten waren der englischen Regierung bekannt und wurden von ihr in der Hoffnung auf eine sich daraus entwickelnde allgemeine und wahre Befriedigung Europas begrüßt."

Erschießung von 2 französischen Offizieren und zwei Soldaten.

In Buer wurden, wie Tel.-Union meldet, in der Nacht vom 10. zum 11. März zwei französische Offiziere erschossen. Nach einer anderen, gestern von uns gebrachten Meldung waren es ein Leutnant und ein französischer Stationsvorsteher. Im benachbarten Westerholz wurde ein französischer Wachposten tot aufgefunden. Der Kommandeur der 27. Infanterie-Division in Recklinghausen hat über beide Orte die verschärfte Verkehrssperre angeordnet. Von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist die Straße für jeden Verkehr gesperrt. Diese Maßnahme soll solange in Kraft bleiben, bis die Kriminalpolizei die Täter ermittelt hat. Zu dem Zwischenfall in Buer erfährt Tel.-Union aus Gelsenkirchen, daß zwei deutsche Zivilisten sich der französischen Behörde stellten und aussagten, gesehen zu haben, daß die beiden Offiziere von französischen Soldaten erschossen wurden.

In Dortmund fand Sonntag abend vor einer Wirtschaft in der Rheinischen Straße eine Schießerei zwischen französischen Soldaten und deutschen Zivilisten statt. Von der Polizei, die zur Hilfe herbeigerufen wurde, wurde ein Kommissar durch einen Armschuß verletzt. Ein französischer Soldat wurde getötet und vier wurden verletzt. Auf seiten der Deutschen gab es vier Verletzte. Nähere Einzelheiten stehen noch aus.

Beginn der Brüsseler Konferenz.

Wie Havas meldet, traf Poincaré Montag nachmittag um 1 Uhr in Brüssel ein, um mit der belgischen Regierung in Besprechungen über die Lage im Ruhrgebiet einzutreten. Die Konferenz der französischen und belgischen Minister begann um 2 Uhr nachmittags. Belgischerseits nehmen daran teil: Ministerpräsident Theunis, der Minister des Auswärtigen Jaspar, der Minister der nationalen Verteidigung, der Eisenbahnminister und die Kabinettschefs des Ministerpräsidenten und des Ministers des Äußern, französischerseits außer Poincaré u. a. Kriegsminister Maginot und General Degoutte.

Englands Nöte und Demütigung.

Mißhandlung und Beraubung von Engländern.

Nach dem „Evening Standard" sind die bisherigen Zugeständnisse an die britischen Kaufleute des besetzten Gebietes völlig unzureichend. Weiter berichtet die englische Presse, wie das „Berl. Tagebl." meldet, von einem Engländer, den die Franzosen an der Grenze des Ruhrgebietes mit dem Bajonett zum Verlassen des Kraftwagens gezwungen hatten. Als er zurückgekehrt sei, habe er gefunden, daß sein Hab und Gut gestohlen war. Die Londoner Vertreter der italienischen Presse berichten einmütig von wachsender allgemeiner Erregung in England wegen der Ruhraktion. Der englische Handel im Rheinland werde seitens der Franzosen geradezu erdrosselt, Engländer persönlich insultiert und mißhandelt. Es sei sogar eine englische Dame, die gegen die Brutalität eines Negersoldaten Einspruch erhob, geohrfeigt worden. Die Kölner Eisenbahnfrage trete nunmehr hinter den allgemeinen Wirtschaftsfragen im Rheinlande zurück. — Angesichts derartiger Vorkommnisse fragt man erstaunt: Wie lange noch wird das stolze England seine demütigende Lage ertragen? Wird es nicht energisch gegen die Mißhandlung von Untertanen protestieren? D. Red.

Ein Ergebnis englischer Proteste.

Wie sich der „Newyork Herald" aus London melden läßt, sei es ein Ergebnis des englischen Protestes gegenüber Frankreich, daß nunmehr die interalliierte Rheinlandkommission keine Autorität über die Gebiete ausüben werde, die von den Franzosen am rechten Rheinufer besetzt seien. Man erklärt, daß die französische Regierung diesem Protest stattgegeben hat, weil England hervorhob, daß die Ausdehnung der Machtbefugnisse am rechten Rheinufer eine Verletzung des Versailler Vertrages sei. Ein weiteres französisches Zugeständnis bestehe darin, daß englische Waren nur insoweit der 10prozentigen Ausfuhrtaxe unterliegen, als dies in den Vorschriften der deutschen Regierung bestimmt sei.

Ausländische Proteste gegen die französische Ausfuhrabgabe.

Bei den ausländischen Einkäufern, es handelt sich besonders um englische, holländische, schwedische und schweizerische Kaufleute, verdichtet sich immer mehr die Verärgerung darüber, daß sie beim direkten Export oder beim Transitverkehr durch das unbesetzte Deutschland neben den deutschen Ausfuhrabgaben auch noch die von den Franzosen geforderte zehnprozentige Abgabe tragen sollen. Besonders scharfe Proteste liegen seit einigen Tagen aus amtlichen und Wirtschaftskreisen Englands vor. Von englischer Seite wird in diesem Zusammenhange die Vermutung geäußert, daß Frankreich die englischen Proteste mit der Frage der Benutzung der in der englischen Zone liegenden Eisenbahnen verquicken wolle.

Englische Rücksichten.

Der englische Verein für den Völkerbund, der eine Versammlung auf den 15. März angekündigt hatte, in der Lord Grey und Lord Robert Cecil über den Völkerbund und die Ruhrfrage sprechen sollte, hat diesen Plan wieder aufgegeben, um die Spannung zwischen England und Frankreich nicht zu vergrößern.

Eine besondere Kommission für das rechte Rheinufer?

Die Frage, wie England sich zu der Besetzung des rechten Rheinufers zwischen den Brückenköpfen von Köln, Koblenz und Mainz verhalten wird, wird in Paris in verschiedenen einander widersprechenden Meldungen behandelt. Auf eine Nachricht, daß wegen dieser Besetzung mündliche Vorstellungen bei der französischen Regierung erhoben wären, wird vom Quai d'Orsay folgendes erklärt: Paris und London verhandeln in diesem Augenblick über die Frage, von welcher Stelle aus die zuletzt besetzten Gebiete zwischen den Brückenköpfen Köln, Koblenz und Mainz verwaltet werden sollen. Nach Ansicht der englischen Regierung wäre diese Verwaltung nicht Sache der interalliierten Rheinlandkommission, sondern es müßte für diesen Zweck eine besondere eigene Kommission geschaffen werden.

Die englischen Konservativen gegen Lloyd George.

Londoner Meldungen zufolge führen die Schwierigkeiten der inneren englischen Politik jetzt zu einer teilweisen Umformierung des Kabinetts, ebenso hat die Wiederaufnahme der Beratungen über die Wohnungsfrage zu der letzten Niederlage der Regierungsmitglieder den Ausschlag gegeben. Die „Morning Post" erklärt namens der Konservativen, daß alle Spuren der Koalition mit Lloyd George getilgt werden müßten, da diese Koalition die jetzige Lage herbeigeführt habe.

Johann Christian Günther.

(Zum 15. März.)

Von A. Thurandt.

Das Problem: Vater und dichtender Sohn — ist in zwei Gegenbeispielen scharf umrissen — bei Goethe und bei Günther. Beide Jünglinge treiben es auf der Universität ziemlich bunt, werden krank, drohen zu verbummeln. Der Gatte der Tochter des Frankfurter Stadtschultheißen Textor, der Kaiserliche Rat Johann Kaspar Goethe, war ganz Liebe, heimste den Sohn ein und ließ ihn in dem Patrizierhause am Frankfurter Hirschgraben die Genesung finden, aus der dann das große Menschen- und Dichtertum Johann Wolfgang Goethe entstand. Der Striegauer Arzt Johann Günther aus Aschersleben, in zweiter Ehe mit Anna Eichbander vermählt, war eine derbere Natur, wollte nichts von Poeten wissen, die er den Vagabunden gleichstellte, sah die Studententage des Sohnes auf den Universitäten Wittenberg und Leipzig liederlich vertan und weist ihm im September 1719 hartherzig die Tür. Die letzte Leidensstation des Dichters heißt seit Dezember 1722 Jena. Noch einmal klagt er dem Vater entgegen:

„Mit dem im Himmel wär' es gut,
Ach, wer versöhnt mir den auf Erden?",

um dann am 15. März 1723, als kaum 28jähriger, entkräftet diese Erde zu verlassen und den armseligen Leib irgendeiner Ecke des Jenaer Johannisfriedhofes zu übergeben. Die Zeilen, die er sich selbst als Grabschrift bestimmt hatte, harren noch heute des Marmorsteines, auf dem sie stehen sollten, dessen Errichtung längst Ehrenpflicht der Universität Jena gewesen wäre:

„Hier starb ein Schlesier, weil Glück und Zeit nicht wollte,
Daß seine Dichterkunst zur Reife kommen sollte.
Mein Pilger, lies geschwind, und wand're Deine Bahn,
Sonst steckt Dich auch sein Staub mit Lieb und Unglück an!"

„Weil Glück und Zeit nicht wollte . . ." Das Glück: einen Vater wie den des jungen Goethe zu haben. Als Siebrand (Steinbach) 1738 „Johann Christian Günthers, des berühmten schlesischen Dichters, Leben und Schriften", auf des Verfassers eigene Unkosten, veröffentlichte, schrieb ihm der Vater: sein Sohn sei seines unglücklichen Schicksals eigener Schmied gewesen. Die Nachwelt, die Arbeiten von Hoffmann von Fallersleben, Otto Roquette, Berthold Litzmann, Max Kalbeck, Ludwig Fulda, Carl Enders, Georg Konstantin Wittig, Adalbert Hoffmann, haben des weiteren versucht, die Härte des Vaters menschlich zu rechtfertigen. Es bleibt die Tragik des Problems: Vater und Sohn. Es bleibt das Wort des glücklicheren Goethe über Günther: „Er wußte sich nicht zu zähmen, und so zerrann ihm sein Leben wie sein Dichten." Sein Leben vielleicht — aber sein Dichten? Wir denken darüber anders, seitdem uns Wilhelm von Scholz „Strophen Christian Günthers" (Eugen Diederichs Verlag, Jena), seitdem Hermann Wendel unter dem Titel „Die deutsche Laute" den Verstorbenen zu neuem Leben erweckt hat (Erich Reiß, Verlag, Berlin). „Weil Glück und Zeit nicht wollte . . ." Die Zeit: 1724 ward Klopstock geboren. Goethes „Gesellige Lieder" sind ohne Günther, den Verfasser folgender kongenialer Stücke nicht zu denken: Gaudeamus igitur (Brüder laßt uns lustig sein, weil der Frühling währet . . .), Daß man die frohen Stunden noch mitnehmen sollte (Das Haupt bekränzt, das Glas gefüllt! So leb' ich, weil es Lebens gilt!), Studentenlied (Müdes Herz, laß den Schmerz mit dem Atem fahren!), Rosen (An Rosen such' ich mein Vergnügen . . .). Günthers Jugend ist in den besten Versen Liliencrons und Bierbaums wieder aufgeklungen, der ihm seine Tragikomödie „Stella und Antonie" gewidmet hat. Auf der letzten Generalversammlung der Gesellschaft der Bibliophilen in Breslau beschenkte der Berliner Antiquar Paul Graupe die Teilnehmer mit einer Gabe „Aus Günthers Nachlese und Taschenbüchern" (Fünf Gedichte und Entwürfe in neuem, ergänztem Abdruck aus den auf der Breslauer Stadtbibliothek aufbewahrten Handschriften nebst einem Faksimile aus dem frühesten Taschenbuche, herausgegeben von Adalbert Hoffmann).

„Weil Glück und Zeit nicht wollte . . ." Diese Zeit — ach, man mag sie verstehen, wenn man zu dem Buche von Walther Unus greift: „Die deutsche Lyrik des Barock" (Erich Reiß, Verlag, Berlin). Als schönste Blüte aus all diesem lyrischen Gestrüpp, aus Hochzeits- und Leichen-Carmina, aus Lob- und Ehrengedichten auf Fürstlichkeiten, Professoren, die Mädchen, die Lesbia, Flora, Rubellchen genannt wurden, aus religiösen Sermonen in trockenst gebundener Form leuchtet immer wieder Günther hervor, der lebte — „weil es Lebens gilt!" und „Weil der Frühling währet", und der sein Gaudeamus ausklingen läßt:

„Kann uns doch der Himmel bald,
Eh die Morgenglocke schallt,
In unsre Gräber tragen."

Dieses Bald kam allzu bald. Anton Ohorn hat es in seinem Lebensroman eines deutschen Dichters „Christian Günther" (Mitteldeutsche Verlagsanstalt, Heidenau) vermenschlicht. Sein letzter Freund und Wohltäter hieß Karl Sigismund von Eben und Brunnen. Ein kleiner, zusammengekniffener Oktavzettel mit sechs Versen aus der Leutrastraße mit der Bitte um etwas Konfekt (Fruchtkompott) zu Fastnacht ist das letzte Dokument des Dahingeschiedenen, nachdem er seine großen Bußgedanken geschrieben, die also anheben: „Mein Gott! Wo ist denn schon der Lenz von meinen Jahren so still, so unvermerkt, so zeitig hingefahren?" und die mit der nicht weniger erschütternden Zeile schließen: „Oft ist ein guter Tod der beste Lebenslauf." Und der Biograph Steinbach schreibt: „Als sich nun Günther so bußfertig bezeigte, und eine rechtschaffene Betrübnis über seine Jugendsünden darwieß, fragten ihn die anwesenden Lands-Leute, ob er nicht begehrte noch einen Geistlichen bey sich zu sehen, und das Heil-Nachtmahl zu genießen, darauf er den Hrn. Superintend. Weißenborn bey ihm zu sehen verlangt und seine Seele mit der himmlischen Speise zu sättigen gewünscht, weil aber der Hr. Doct. Weißenborn bey dem Examine in der Stadt-Schule sich aufgehalten, und sich nicht eines so schnellen Falles bey dem Kranken vermuthet, ist unser Günther den 15. Mertz des 1723. Jahres gantz sanffte entschlafen, nachdem er sein junges Leben nicht höher gebracht als 28 Jahr, weniger 3 Wochen und 3 Tage. Den Leichnam haben die Landsleute nach Jenaischen Gebrauche auf den sogenannten Gottes-Acker vor dem Johannis-Thore beysetzen lassen, und die Kosten vor das Begräbniß ihres beliebten und berühmten Landsmannes zusammengeschossen, daß er auch bey seiner Dürfftigkeit nach seinem Tode eine ehrliche Begräbniß erhalten." Auf Günthers Tod sind uns zwei Ehren-Carmina erhalten; das eine von einem jungen Ungarn Daniel Hockh aus Solyma, das andere von seinem Leipziger Dichterfreund Daniel Wilhelm Triller, späterem Fürstl. Nassau-Saarbrückischem Leibmedikus, dessen poetische Prophezeiung in Erfüllung gegangen ist:

„Muß gleich der todte Rest vorjetzt zu Grabe gehn:
So werden dennoch ihm die wohlgesetzten Schriften
Auch bey der späten Welt ein spätes Denkmal stiften,
Dadurch sein Ruhm und Ruf wird bey den Sternen stehn."

Das Mausoleum im Herzen der Menschen überdauert die Vergänglichkeit eines längst eingeebneten kleinen Grabhügels, den nie eine Marmorplatte deckte . . .

Bunte Zeitung.

○ **Ein neuer Edelstein.** Ein neuer Edelstein, der Heliodor genannt wird, ist in Ostafrika gefunden worden und hat ja bei seinem ersten Bekanntwerden in Deutschland seinerzeit große Aufregung hervorgerufen. Die Gelehrten beschäftigen sich nun mit der seltenen Eigenschaft dieses Steines, seine Farbe zu wechseln. Im Tageslicht erscheint er in einem glänzenden Gelb; im künstlichen Licht strahlt er grünliche Reflexe aus, die denen des Smaragden ähneln. In der Dämmerung oder im Dunkeln hat er das weiße Leuchten des Diamanten. Es ist erstaunlich, daß ein Stein so wechselnde Farben aufweist, obwohl doch tatsächlich alle Edelsteine verschiedene Formen desselben Grundstockes sind. Diamanten, Rubinen, Topase, Smaragden usw., die bestehen ja in ihrer einfachsten Zusammenstellung aus nichts anderem als schwarzem, glanzlosem Kohlenstaub. Selbst die kostbarsten und größten Edelsteine der Welt sind doch nur ein Haufen Kohlenstaub, von ungeheuren Kräften zusammengepreßt und in riesigen Hitzen geglüht vor Jahrmillionen.

○ **Das Auffälligste.** König Georg V. von England hat die Geburt seines ersten Enkelkindes — des Kindes seiner Tochter Mary und des Viscount Lascelles — zum Anlaß einer Amnestie genommen. Von ihr ist auch ein Sträfling betroffen worden, der vor 36 Jahren wegen eines Mordes zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden war. Es konnte nicht ausbleiben, daß er von Journalisten befragt wurde, welchen Eindruck ihm die Welt, die er 1887 zuletzt gesehen, 1923 mache. Er hat geantwortet, der riesige Straßenverkehr, die Automobile, das elektrische Licht und ein Flugzeug, das er über London hinwegfliegen sah, hätten ihn überrascht. Aber am seltsamsten sei, daß die zu seiner Zeit im Winter dicht in warme Kleider gehüllten Frauen jetzt der scharfen Kälte zum Trotz, in kurzen Röcken, dünnen seidenen Strümpfen und Halbschuhen aus Lackleder einhergingen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 13. März.

Statistisches aus der Stadt Posen.

Das Januarheft der Statistischen Nachrichten (Wiadomosci Statystyczne) der Stadt Posen enthält folgende Angaben über Ehen, Geburten, Todesfälle und andere Ereignisse in der Stadt:

Ehen wurden 154 geschlossen, davon 150 polnische Nationalehen, 3 rein deutsche Ehen und eine Mischehe. Ein Deutscher heiratete eine Polin. Der Konfession nach wurden im Monat Januar 149 rein katholische Ehen, eine rein evangelische, eine jüdische und drei Mischehen verzeichnet. Drei evangelische Männer nahmen katholische Frauen. Lebendgeburten gab es 568, davon 86 uneheliche. Es starben 289 Personen, davon 154 männlichen und 135 weiblichen Geschlechts. Der Nationalität nach starben 257 Polen und 32 Deutsche. Nach Posen verzogen sind im ganzen 2675 Personen, davon 1792 aus der Wojewodschaft Posen, 146 aus dem übrigen Teile des ehemals preußischen Teilgebiets, 264 aus den früher russischen Landesteilen, 104 aus dem früher österreichischen Teilgebiet und 232 aus dem Auslande. 1485 Personen kehrten Posen den Rücken, davon 1310 Katholiken, 117 Protestanten und 40 Juden.

Am 31. Januar zählte Posen 179658 Seelen. 52 Grundstücke wechselten ihre Besitzer. Aus deutscher Hand wurden 15, aus polnischer 37 Grundstücke gekauft. Im städtischen Schlachthof wurden geschlachtet: 75 Ochsen, 632 Bullen, 986 Kühe, 4343 Schweine, 2004 Kälber, 1973 Schafe, 50 Ziegen, 106 Pferde, zusammen 10169. Der Gesamtauftrieb betrug 12815. Feuersbrände wurden im Januar deren 12 verzeichnet, davon 2 Großfeuer. Die Feuerwehr wurde 15 Mal alarmiert. Die Gasanstalt verbrauchte in dem genannten Monat 3640 Tonnen Kohle und 835 Tonnen Koks. Sie produzierte 1426750 Kubikmeter Kohlengas und 136520 Kubikmeter Generatorgas. Wasser wurde in einer Menge von 477642 Kubikmeter verbraucht.

Das Wesen der Brustseuche.

Angesichts der sich im Gebiete der Wojewodschaft Posen verbreitenden Brustseuche werden vom Starostwo Grodzkie folgende Belehrungen über die erwähnte Krankheit zur allgemeinen Kenntnis gegeben:

Die Brustseuche beim Hornvieh ist eine Infektionskrankheit, deren Erkennungszeichen Brust- und Rippenfellentzündungen sind. In allen Absonderungen der Tiere, die an Brustseuche erkrankt oder verendet sind, auch im Blut findet sich ein Krankheitserreger, der mit Leichtigkeit auf gesunde Tiere übertragen werden kann, sei es durch Abgang oder Ausatmung der kranken Tiere, sei es durch Vermittelung von Menschen, Tieren, Stallstroh, Futter und verschiedene Gegenstände, die mit kranken Tieren in Berührung gekommen sind. Auch Tiere, die an Brustseuche erkrankt sind und augenblicklich gesund erscheinen, können die Krankheit verbreiten. Der Krankheitserreger behält in den kranken Teilen der Lunge, sogar in den teilweise abgestorbenen, Jahre hindurch seine Giftigkeit und Ansteckungsfähigkeit. Vom Augenblick der Ansteckung an entwickelt sich die Krankheit eine bestimmte Zeitlang im stillen; manchmal vergehen 2—4 Wochen und noch mehr, bevor die ersten Krankheitserscheinungen auftreten. Von da an schreitet der Krankheitsprozeß schnell vorwärts und führt gewöhnlich im Laufe der nächsten zwei bis drei Wochen zum Tode. Die erste Krankheitserscheinung ist die übliche Hitze, Erhöhung der normalen Innenwärme um 0,5 bis 1 Grad, die ständig wächst. Dann treten größere oder kleinere Störungen ein, wie z. B. Niedergeschlagenheit, Appetitwechsel, träges Wiederkäuen, verminderte Milchabgabe, kurzer, trockener, schmerzhafter Husten, der mit Krümmung des Rückgrats und Ausstrecken des Halses verbunden ist. Mit der Zeit wird das Husten immer häufiger, klanglos, schwächer und feucht. Zuweilen kommt ein schleimiger Eiterausfluß aus Nase und Maul, sogar mit Blut vermischt. Schließlich wird das Atmen immer schneller und angestrengter, oft mit offenem Maul, mit deutlicher Bewegung der Weichen, wobei übelriechende Luft ausgeatmet wird. Die Haut nimmt mit der Zeit an Elastizität ab, das Haar verliert Glätte und Glanz, die äußere Temperatur ist ungleichmäßig verteilt; dazu kommen Verdauungsstörungen, wie Appetitlosigkeit, Verstopfung, abwechselnd mit Durchfall, häufiges Niederlegen und Stöhnen; die innere Temperatur steigt auf 41 bis 42 Grad, völlige Abmagerung tritt ein. In einigen Fällen nimmt die Krankheit einen schnelleren Verlauf. Die Sterblichkeit beträgt 50—70 Prozent.

Der Viehbesitzer oder dessen Vertreter muß, wenn sich die angeführten Krankheitserscheinungen zeigen, dies der Ortspolizeibehörde unverzüglich mitteilen, das kranke oder krankheitsverdächtige Tier von den andern absondern. Die Polizeibehörde veranlaßt dann die Untersuchung des kranken Viehs durch den Kreistierarzt und trifft die entsprechenden Schutz- und Abwehrmaßnahmen. Da sich die Krankheit mit großer Leichtigkeit verbreitet und einen sehr gefährlichen Verlauf nimmt, ist ihre Bekämpfung schwierig und keine der Maßnahmen der Behörden, die die Beseitigung der Seuche zum Zwecke haben, vermag sie ohne entsprechenden Beistand von seiten der Viehbesitzer zu beseitigen. Eines der wichtigsten Mittel zur Lokalisierung dieser gefährlichen Seuche ist die strikte Innehaltung der tierärztlichen Vorschriften durch die Bevölkerung, die u. a. das Ein- und Austreiben des Viehs aus den Seuchenortschaften verbieten. Zur Verbreitung der Seuche in immer neu Ortschaften tragen unbedingt auch Wechsel unter dem Dienstpersonal, sowie Händler bei, die auf die bestehenden Verbote nicht achten, das Vieh von einer Ortschaft in die andere treiben und dadurch die Seuche verbreiten. Alle Interessierten werden zur gewissenhaften Innehaltung der getroffenen Maßnahmen aufgefordert.

---

epv. **Todesfall.** Superintendent a. D. Pfarrer Heinrich Kriele in Neukölln ist am Donnerstag voriger Woche an den Folgen einer Operation gestorben.

Superintendent Kriele wurde am 13. August 1869 geboren und am 5. März 1899 für das geistliche Amt ordiniert und war zunächst Pfarrer in Bobrzyca. Seit August 1906 war er 8 Jahre lang als Pastor an der hiesigen Diakonissenanstalt tätig und hat sich besonders große Verdienste um den damaligen Neubau des Diakonissenhauses erworben dessen Ausgestaltung und Finanzierung in der Hauptsache sein Werk ist. Am 1. April 1914 siedelte Pfarrer Kriele als Superintendent nach Sonnenburg in der Neumark über, wo er bereits nach 2 Jahren als 1. Pfarrer nach Neukölln (Berlin) übersiedelte. Auch über die Kreise des Diakonissenhauses hinaus, dessen Schwestern dankbar ihres früheren Seelsorgers gedenken, wird man an dem frühen Heimgang herzlich teilnehmen.

Eisenbahnverkehr. Die Eisenbahndirektion bittet uns bekannt zu geben, daß vom 20. März ab die Fahrstrecke der Züge Nr. 845 und Nr. 846 die bis dahin nach Kosten verkehrten, nach Lissa verlängert wird. Zur Verbesserung des Vorstadtverkehrs werden die Triebwagenzüge Nr. 847 und 848 auf der Strecke Posen—Czempin und auf der Strecke Posen—Opalenitza die Triebwagenzüge Nr. 327 und Nr. 326 eingeführt. Der Fahrplan der neuen Zugpaare und des Zugpaares 845/846 ist folgender: Zug 845: Abfahrt von Posen 2[35] nachm., Ankunft in Lissa 4[30] nachm.; Zug 846: Lissa ab 5[20] nachm., Posen an 7[14] abends; Zug 847: Posen ab 6[40] abends, Czempin an 7[36] abends; Zug 848: Abfahrt von Czempin 7[50] abends, Ankunft in Posen 8[46] abends; Zug 327: Posen ab 6[30] abends, Opalenitza an 7[35] abends; Zug 326A: Opalenitza ab 7[50] abends, Posen an 8[55] abends.

Riesige Druckpapierverteuerung. Die polnischen Papierfabriken haben ihren Kunden die Mitteilung gemacht, daß vom 1. März d. Js. ab der Preis für das Zeitungspapier um nicht weniger als 65 Prozent erhöht worden ist. Demnach kostet jetzt ein Kilogramm Rotations-Zeitungspapier 3940 Mark und ein Waggon (200 Zentner) über 40 Millionen Mark. Hierdurch wird die Lage des an sich bereits mit großen Schwierigkeiten kämpfenden Druckgewerbes noch bedeutend mehr erschwert, und es ist selbstverständlich, daß die naturgemäße Folge einer solch erheblichen Papierpreiserhöhung eine entsprechende Verteuerung der Zeitungen, wie überhaupt aller Druckerzeugnisse nach sich ziehen muß.

Vortrag. In der am Sonntag abgehaltenen gutbesuchten Versammlung der Deutschen Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung hielt Herr Steinhof einen Vortrag über „Krankenkassen- und Invalidengesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung der Posener Ortskrankenkasse". Die Zuhörer folgten den Ausführungen des Vortragenden aufmerksam und zollten ihm am Schluß lebhaften Beifall. Namens des Vereins dankte der Vorsitzende ihm für seinen zeitgemäßen und aufklärend wirkenden Vortrag, da gerade auf diesem Gebiet das Wissenswerte sehr erschwert ist. Es folgte eine lebhafte Aussprache, und zahlreiche Anfragen konnten erledigt werden. Ganz besonders dankend wurde anerkannt, daß Herr Steinhof die ganze Satzung der Ortskrankenkasse ins Deutsche übersetzt hat. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles fand ein geselliges Beisammensein statt, das die Mitglieder noch mehrere Stunden fröhlich beisammenhielt.

Großes Theater. Heute, Dienstag, erstes Gastspiel Janowska: „Die Jüdin" (mit Tarnawski und Wolliński. Musikalische Leitung: Wojciechowski). Frau Janowska setzt ihr Gastspiel am Mittwoch fort als Tosca (musikalische Leitung: Dir. Stermich); am Freitag wirkt sie in Verdis „Maskenball" mit, am Sonntag als Trägerin der Titelrolle in „Carmen". Vorverkauf der Karten in der Zigarrenhandlung von Górski (Hotel Monopol.)

X **Kinokunst.** Im Palasttheater am Plac Wolnosci (fr. Wilhelmplatz) geht seit Montag die zweite Serie des überaus fesselnden Meisterwerks der Lichtspielkunst „Die zwei Mädchen von Paris" unter dem Titel „Durch Sturm zerbrochene Lilie". Es bietet durch seine prächtige Szenerien und durch die Fülle seiner packenden dramatischen Momente eine fast noch größere Unterhaltung der Zuschauer, die regelmäßig sehr zahlreich dem Drama ihr Interesse zuwenden. — Mehr für Sportkreise berechnet ist das 6aktige Abenteuer-Drama „Luciano Albertini, der Mann aus Stahl", das gegenwärtig im Kino Colosseum vorgeführt wird und neben seinen Wundern der Stärke des Titelhelden manche humoristische Abwechselung bietet. Der Besuch beider Vorstellungen kann allen Liebhabern derartiger Lichtspielkunst auf das Wärmste empfohlen werden.

Sieh das „Gute" liegt so nah! Ein freundlicher Leser unseres Blattes in Schwersenz schreibt uns: Den Rekord für Beleuchtungspreise schlägt nicht Bojanowo mit 2600 Mk., sondern Schwersenz mit 2700 Mk. für das Kubikmeter Gas. Elektrisches Licht gibts in Schwersenz überhaupt nicht.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden aus einem Büro der Abteilung Beamtenunterstützung des deutschen Generalkonsulats am Waly Jagielly (fr. Karmeliterwall) zwei Schreibmaschinen im Gesamtwerte von 10 Millionen Mark; die eine trägt die Fabriknummer 12615. Ferner wurden gestohlen: ein zweirädriger Handwagen im Werte von 80000 Mk. vom Hofe des Hauses Górna Wilda 58 (fr. Kronprinzenstraße) und ein vierrädriger Handwagen vom Plac Wolnosci (früher Wilhelmplatz) im Werte vom 100000 Mk.; aus einer Wohnung der ul. Juljusza Kossaka 18 (fr. Siemensstr.) Bettwäsche und 6 gestickte Damenhemden mit den Buchstaben A. K.

X **Bei einem Einbruchsdiebstahl** überrascht wurde gestern im Hause ul. Konopnickiej 3 (fr. Goethestr.) ein Dieb, der sich bereits ein Fahrrad, einen Gummifahrradmantel und einen Gummimantel, sowie einen Topf mit Butter zurückgestellt hatte. Er ließ alles stehen und liegen und suchte sein Heil in der Flucht.

Le. **Schwersenz**, 12. März. Eine seltene Beute hatte der Pächter der Gemeindejagd von Gortatowo, Herr Meißner aus Lowęcin. An der zum Schwersenzer See fließenden Cybina fing er in einer Falle einen Fischräuber unserer Gewässer, eine Fischotter. Das Fell hatte eine Länge von 160 Zentimeter. — In der Nacht zum Freitag wurden dem Häusler Gawarecki in Lowęcin zwei fette Schweine und dem Gutsbesitzer Winkler in Zieliniec drei Schweine gestohlen. Bei letzterem durchbrachen die Diebe die Stallmauer, um ihr Vorhaben auszuführen.

---

* **Bromberg**, 8. März. Wie die „Dtsch. Rundsch." hört, ist der Gebäudekomplex 56, Ecke Kaiserstraße in den Besitz der Landesdarlehnskasse übergegangen und soll zum Bau eines neuen Bankgebäudes verwandt werden. Damit würden die Gebäude, die zu den älteren Brombergs gehören, vom Erdboden verschwinden. Das Grundstück war vor Jahrhunderten ein Vorwerk der Burg Bydgoszcz und wurde Grództwo benannt. Dieser Name übertrug sich dann auch auf die daran vorbeiführende Straße, die jetzige Jagiellońska. Späterhin ging das Gut in den Besitz des Herrn Hempel über, nach dem die Hempelstraße benannt ist. Die Gebäude gehörten mit zu den umfangreichen sogenannten „Hempelschen Liegenschaften", die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von der Stadt erworben wurden, und auf deren nordöstlichem Teil sich im Laufe der Jahre ein neuer Stadtteil mit Straßenanlagen, modernen Bauten und Villen erhob. Die Gebäude auf dem jetzt angekauften Gelände dienen zurzeit als Bureauräume mehrerer städtischer Ämter.

* **Graudenz**, 9. März. Der Magistrat sieht sich wieder gezwungen, das Schulgeld des städtischen Mädchengymnasiums, früher Lyzeum, Viktoriaschule, bedeutend zu erhöhen. Es soll von 25000 M. auf 50000 M. für März gesteigert werden. Da es vielen Eltern nicht möglich ist, die bedeutende Summe aufzubringen, müssen sie ihre Töchter von der Schule abmelden, wenn ihnen nicht vom Magistrat Ermäßigung des Schulgeldes zugebilligt wird. Zahlreiche Gesuche darum werden an den Magistrat gerichtet. Es ist noch unbestimmt, ob die Verstaatlichung der Schulanstalt am 1. April d. Js. möglich sein wird.

* **Jutroschin**, 13. März. Hier wurde am Dienstag abend der 21jährige Sohn des Müllermeisters Matuszewski von unbekannter Hand auf offener Straße ermordet und über den Kirchenzaun geworfen. Dort wurde der Erschlagene erst am nächsten Tage mittags mit eingeschlagener Stirn und anderen schweren Verletzungen aufgefunden. Die Mordtat scheint mit einem stumpfen Instrument verübt worden zu sein. Von den Mördern fehlt jede Spur, auch über die Gründe ist nichts bekannt. Der Ermordete war mit seinen Eltern zum Abendessen bei einer Verwandten geladen; um 7 Uhr waren die Eltern nach Hause gegangen, während der Sohn ihnen etwa eine Stunde später folgte. Auf dem Heimgange muß die schreckliche Tat geschehen sein.

* **Inowroclaw**, 12. März. Der Chirurg des hiesigen Kreiskrankenhauses, Dr. Kubiak, wurde zu einer sechswöchigen Militärübung eingezogen, und es werden, da kein Vertreter des Chirurgen gefunden werden kann, wie der „Kuj. Bote" schreibt, bis zum 16. April d. Js. im Krankenhause keine Operationen ausgeführt. Desgleichen werden auch keine Wöchnerinnen angenommen.

* **Lissa**, 10. März. Das „Liss. Tagebl." berichtet: Über das Gehalt für den hier anzustellenden ersten Bürgermeister ist schon in verschiedenen Stadtverordnetensitzungen verhandelt worden, und alle bisherigen Beschlüsse wurden von der Wojewodschaft als unannehmbar zurückgewiesen. Die Stadtverordneten hatten, damit für die Stellung sich tüchtig vorgebildete Kandidaten melden, die 5. Gehaltsklasse der Staatsbeamten in Aussicht genommen. Hierzu verweigerte die Wojewodschaft die Zustimmung und bestimmte, daß für diesen Posten die 6. Gehaltsstufe genügen müsse. Da die städtischen Behörden jedoch befürchteten, daß für dieses Gehalt sich keine passenden Kandidaten melden würden, beschlossen sie, zu dem Gehalt der 6. Stufe noch einen Zuschuß von 100000 M. monatlich zu bewilligen. Auch damit erklärte sich die Wojewodschaft nicht einverstanden und bestimmte, daß der Zuschuß höchstens 50000 M. monatlich betragen dürfe. Da die Wojewodschaft erklärt hatte, daß eine höhere Gehaltsfestsetzung keine Genehmigung finden würde, beschlossen die Stadtverordneten gestern, das Gehalt des ersten Bürgermeisters nach der 6. Staatsbeamten-Gehaltsstufe zu bemessen nebst einem monatlichen Zuschuß von 50000 M. als Repräsentationsgelder. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Aufnahme eines Darlehns von 10 Millionen Mark aus der Bank der Kommunalsparkasse in Posen. Hierzu hatte der Magistrat eine Zusammenstellung des Vermögens und der Schulden der Stadt vorgelegt, aus der sich ergibt, daß das Vermögen der Stadt an Liegenschaften, Grundstücken usw. 30002203050 M., also über 30 Milliarden beträgt nach dem Stande der polnischen Mark vom 8. März 1923, die Schulden betragen insgesamt 70084389 M. Da das der Stadt in Aussicht gestellte Darlehn nur mit 5 Prozent zu verzinsen ist, beschlossen die Stadtverordneten die Aufnahme der Anleihe. Der folgende Gegenstand betraf die Erhöhung der Gas- und Strompreise im Februar. Die Versammlung hatte vor mehreren Monaten beschlossen, daß alle Erhöhungen dieser Preise der vorherigen Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung bedürfen, dies sei bei der letzten bekanntgegebenen Erhöhung nicht erfolgt. Hierbei wurde hervorgehoben, daß die Preise für Gas und Elektrizität in Lissa weit teurer seien, als in anderen Städten; doch wurde dem von einem Mitglied des betr. Ausschusses entgegengehalten, daß dies nicht der Fall sei, und so wurde schließlich die Genehmigung zu dieser Erhöhung erteilt. Ein weiterer Gegenstand betraf die Hergabe eines Gebäudes für ein hier zu errichtendes staatliches Mädchengymnasium. Die Regierung würde hier ein solches einrichten, wenn die Stadt das Gebäude dazu hergibt. Vor zwei Jahren hatte die Stadt für diesen Zweck das Justizrat Rollsche Haus angekauft. Wie sich aber bei einer genauen Besichtigung ergab, eignen sich die betr. Räume nicht für eine Schule, ohne ganz bedeutende Kosten für Umbau. Es wurde beschlossen, einen Anbau bzw. Erweiterungsbau der alten Präparandie in Aussicht zu nehmen und unter Umständen das Rollsche Haus wieder zu verkaufen. Das dem Staat zur Verfügung zu stellende Gebäude müßte schon im Herbst fertiggestellt sein. Der Magistrat wurde ersucht, geeignete Schritte zu unternehmen, den Bau des Gymnasiums zu fördern. Ob es heute bei den unberechenbaren Baukosten dazu kommen wird, ist jedoch noch sehr fraglich.

* **Rawitsch**, 12. März. In der Stadtverordnetensitzung am Donnerstag erfolgte zunächst die Einführung des neuen stellvertretenden Bürgermeisters Kazimierz Czyszewski und darauf die Verpflichtung der neu in die Versammlung eintretenden Stadtverordneten Maliński, Kowalski und Smektalski. Das Stationsgeld für die Schwester Emilie im evangelischen Krankenhause wurde auf 8000 Mk. monatlich erhöht. Zur Abstoßung der Schulden der Stadtkasse bei den deutschen Banken in Höhe von 2177662 Mk. wurde die Aufnahme einer Anleihe bei der Kommunalbank-Kasse in Posen beschlossen. Die Kanalisationsgebühren wurden auf 10000 Mk. festgesetzt. Als Umsatzsteuer sollen bei Immobilien 4 Prozent des Verkaufswertes erhoben werden. Eine längere Aussprache zeitigte der Magistratsantrag auf Erhöhung der Vergnügungssteuer. Schließlich wurden folgende Sätze angenommen: für Tanz bis 12 Uhr für Vereine und Gesellschaften 10000 Mk., für öffentliche Tanzbelustigungen 20000 Mk.; für Tanz nach Mitternacht 20000 bzw. 40000 Mk.; für einen Maskenball 40000 bzw. 80000 Mk.; für Zirkusvorstellungen 40 Proz. vom Billett, für Konzerte und Theatervorstellungen 25 Proz. vom Billett, für Deklamationen und Vorträge 50 Proz. vom Billett, für Musik in Lokalen bis Mitternacht 5000 Mk., nach Mitternacht 10000 Mk., für gymnastische Vorstellungen, Seiltanz usw. 50 Proz. vom Billett, für ein Karussell 5000 Mk., für eine Schießbude 3000 Mk., für ein Marionettentheater 30 Proz. vom Billett, für Musikapparate und Grammophone in Lokalen 10000 Mk. Als einmalige Steuer für neue Schankkonzessionen wurden folgende Sätze angenommen: für Hotel-Restaurants 750000 Mk., für Restaurants mit alkoholhaltigen Getränken 500000 Mk., für Schankstätten mit alkoholfreien Getränken 300000 Mk. Von den städtischen Abgaben für das Budgetjahr 1922 wurden bestimmt: 1000 Proz. Gebäudesteuer und 500000 Proz. Grundsteuer. Die ebenfalls bestätigten 200 Proz. Ausschank, sowie 75 Proz. Gewerbesteuer sind von den Beteiligten bereits bei dem Patent-Auskauf mit entrichtet. Beschlossen wurde, die Steuerstufen 1—10 nicht von der Kommunalsteuer zu befreien. Die Krankenhausgebühren erfuhren wieder eine starke Erhöhung bis zu 300 Proz. Die Schlachtgebühren wurden gleichfalls erheblich erhöht.

* **Thorn**, 9. März. In der Nacht zu Montag ereignete sich in der Nähe des Hauptbahnhofes ein schrecklicher Unglücksfall. Der in einer der Kasernen bei Rudak wohnende Oberleutnant Stanisław Zarembski kehrte nachts zurück und überquerte die vor den Kasernen liegenden Bahngleise außerhalb des öffentlichen Weges. In diesem Augenblick kam der Personenzug 413 heran und fuhr dem Offizier beide Füße ab. Eisenbahner schafften den Verunglückten nach dem Hauptbahnhofsgebäude, von wo er in das Militärspital übergeführt wurde.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau**, 10. März. Hier sind, dem „Kurjer Poranny" zufolge, in der letzten Woche 32 Droschkenkutscher und 45 Chauffeure wegen Übertretung der Verkehrsvorschriften bestraft worden. — Der Ministerrat hat seine Genehmigung zum Abbruch der russischen Kathedrale auf dem Sächsischen Platz gegeben. Der Kampf gegen dieses Wahrzeichen der früheren russischen Herrschaft ist seit mehreren Jahren unaufhörlich im Stadtparlament und in der Öffentlichkeit geführt worden. Die Zustimmung der Regierung zu dem Abbruch, von dem man vielfach eine starke Verletzung der Gefühle der bürgerlichen Russen befürchtete, auf deren Freundschaft viele in Polen großen Wert legen, erfolgte jetzt in Rücksicht auf die bedrohlich wachsende Arbeitslosigkeit. Der Abbruch soll nach dem Nationalfeiertag (3. Mai) stattfinden. Der Glockenturm wurde bereits niedergerissen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

Le in L. Gegenwärtig die Druckzeile 25 M., außerdem Ersatz der baren Auslagen.

E. B. in Cz. Sie müssen sich unter Angabe des Tages, an dem Sie optiert haben, und Ihres Geburtsjahres und Tages an das deutsche Generalkonsulat in Posen, ul. Zwierzyniecka (fr. Tiergartenstraße) mit der Bitte um Übersendung der Optionsurkunde wenden. Beizufügen ist der kleine Schein, den Sie bei der Abgabe der Optionserklärung erhalten haben. Ferner sind für Porto 300 M. poln., falls Sie die Übersendung aber eingeschrieben wünschen, 600 M. poln. einzulegen. Die Aushändigung der Optionsurkunde erfolgt unentgeltlich.

Ekabe. 1. Reichswehrministerium in Berlin. 2. Uns nicht bekannt. 3. Sehr wahrscheinlich. E. Mittler u. Sohn in Berlin SW. 68, Kochstraße 68. Wir halten es aber für vollkommen ausgeschlossen, daß die Genehmigung zur Ausfuhr der genannten Bücher ins Ausland erteilt wird. — Ihr Bezugsschein lag der Anfrage nicht bei.

A. O. in R. Sie haben aus der Briefkastennotiz doch etwas mehr herausgelesen, als darin stand, und geben sich ohne Grund Illusionen hin. Der betreffende Anfragende wollte wissen, was er tun müsse, um die Option unter Umständen ungültig zu machen, und darauf haben wir ihm geantwortet, er müsse einen Einbürgerungsantrag an die Wojewodschaft richten. Ob dem Antrage stattgegeben werden wird, das liegt auf einem ganz anderen Felde. Wir versprechen uns, offen gestanden, davon herzlich wenig. Wegen der erforderlichen Papiere müssen Sie sich an Ihren Starosten wenden.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Beleidigungsprozeß Bilażewski.

□ Posen, 12. März. Heut, Montag, 9 Uhr vorm. begann vor dem Bezirksgericht die Fortsetzung des am 30. September v. Js. vertagten Prozesses gegen das Unterstaatsanwalt Bilażewskische Ehepaar. Es handelt sich um die Eltern des im „Carlton" erschossenen Oberleutnants d. Res. Zdzisław Bilażewski und des im Felde auf unaufgeklärte Weise durch Erschießen ums Leben gekommenen Ulanenoberleutnants Tadeusz Bilażewski. Beide Eltern haben sich auf Antrag des Obersten Anders wegen Beleidigung des Offizierkorps des 15. Ulanen-Regiments zu verantworten. Beide Angeklagte haben behauptet, daß ihr Sohn Tadeusz von einem dieser Offiziere an der bolschewistischen Front in der Etappe, 5 Wochen nach Abschluß des Waffenstillstandes als unbequemer Zeuge gewisser, angeblich in dem genannten Regiment vorgekommener Übergriffe erschossen worden ist. In dem seinerzeit gegen einige Offiziere anhängig gemachten Prozeß war ein freisprechendes Urteil gefällt worden. Die Angeklagten gaben sich mit dem Freispruch nicht zufrieden und bemühten sich um Wiederaufnahme des Verfahrens, indem sie ihre früheren Behauptungen gegen das Offizierkorps erneuerten. Infolgedessen strengte Oberst Anders namens des Offizierkorps die Beleidigungsklage an, über die jetzt nach einmaliger Vertagung entschieden werden soll. Vertreter des 15. Ulanen-Regiments im der Rechtsanwalt Szurlej aus Warschau, in dessen Händen auch im „Carlton"-Prozeß Ende Februar die Verteidigung der beiden Angeklagten, Pruszanowski und Kapuściński, gelegen hatte. Verteidiger der Angeklagten sind die Rechtsanwälte Żuromski und Opieliński aus Posen. Im Laufe der Verhandlung antwortet der Büchsenmacher Jaruszewski auf die Frage, ob aus den Pulverspuren an den Händen des Tadeusz B. geschlossen werden könne, daß ein Selbstmord vorliege, daß die Menge des verbrannten Pulvers auf den Handflächen des B. nicht von einem einzigen Schusse herrühren konnte, und versucht dies durch fachmännische Feststellungen nachzuweisen. Auf eine Anfrage von seiten der Verteidigung erklärt der Zeuge, daß die Pulverspuren auf den Händen doch nicht von einem Schusse herrühren könnten, sondern daß man den Eindruck habe, als ob die Hände des B. mit verbranntem Pulver bestreut worden wären. Dr. Hanasz erklärt auf eine Frage des Anwalts Szurlej, ob die Spuren auf den Händen des B. nicht von einer Beschmutzung mit Erde herrührten, daß die mikroskopische Untersuchung im Hygienischen Institut die Feststellung von keinen anderen Spuren als Pulverspuren ergeben habe. — Der Büchsenmacher Jaruszewski drückt seine Verwunderung darüber aus, daß die militärischen Behörden keinen Büchsenmacher herbeiriefen, damit dieser die Ursachen des Todes des Tadeusz Bilażewski feststellte.

Angeklagter Bilażewski stellt den Antrag, die Verhandlung zu vertagen und die Zeugen Forecki, Brzędzik, Żukowski und Bedafka zu laden.

Der Vertreter des 15. Ulanen-Regiments, Szurlej, widerspricht diesem Antrage mit folgenden Worten: Warum hat der Angeklagte nicht diese Zeugen für die Verhandlung vor dem Militärgericht genannt? Ich kann mir nicht denken, daß das Militärgericht sie abgelehnt hätte. Dem Angeklagten geht es um eine Verschleppung der Sache. Ich würde raten, so viel als möglich Zeugen zu vernehmen, um der Legende, die seit Jahren die ganze Angelegenheit umgibt, ein Ende zu machen. — Der Angeklagte erklärt, daß er die angeführten vier Zeugen dem Militärgericht genannt habe, daß dieses sie aber nicht verhört habe. Der Gerichtshof beschloß dann, die vier Zeugen vorzuladen und die Verhandlung auf Dienstag, 9 Uhr, zu vertagen.

Während der heutigen Verhandlung war es zwischen dem Vorsitzenden und dem Rechtsanwalt Żuromski über einen von letzterem gestellten Antrag zu einer Differenz gekommen. Da der Antrag abgelehnt wurde, legte Rechtsanwalt Żuromski die Verteidigung nieder.

---

* **Graudenz, 9. März. Wegen vorsätzlicher Brandstiftung** hatten sich der Gastwirt Jan Gawrzyjal aus Dombrowki, Kreis Newe, sowie sein Schwager Dominik Pliszka, Landwirt aus Zelenie, zu verantworten. Die Anklage beschuldigt sie, im Oktober v. Js. das Besitztum des G. in Brand gesteckt zu haben, um in den Besitz der Versicherungssumme von 10 Millionen Mark zu gelangen. Trotz erdrückender Beweise leugneten die Angeklagten. Das Gericht hielt sie aber für überführt und verurteilte G. zu vier Jahren Zuchthaus und P. zu zwei Jahren Gefängnis.

* **Lodz, 6. März. Der falsche Kriminalbeamte.** Dieser Tage hatte sich der 19jährige David Cederbaum vor Gericht zu verantworten, der angeklagt war, sich einen falschen Ausweis als Kriminalbeamter verschafft und mit dessen Hilfe naiven Bürgern Geld entlockt zu haben. Eines Abends suchte er die Petrikauer Straße 82 wohnhafte Laja Blumstein auf, stellte sich ihr als Polizeibeamter vor und bot ihr seine Dienste bei der Schlichtung eines Streits mit dem Hausbesitzer Blawat an. Da die Blumstein ihm nicht traute, schickte sie nach der Polizei, die den falschen Kriminalbeamten festnahm. Cederbaum wurde zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt.

* **Elbing, 10. März.** Ein unnatürlicher Vater ist der Maurer Johann Schulz von hier, der wegen grausamer Mißhandlung seiner 14jährigen Tochter Lotte Schulz vor dem Schöffengericht angeklagt war. Er verbüßt augenblicklich ein Jahr Gefängnis wegen unmenschlicher Behandlung seiner 20jährigen Tochter Therese, die an den Folgen der Roheiten gestorben ist. Schulz hat seine Tochter Lotte am 10. Dezember 1922 in fürchterlicher Weise mit seinem Leibriemen und der daran befindlichen Schnalle geschlagen. Schulz erhielt ein weiteres Jahr Gefängnis. Da der dringende Verdacht besteht, daß Schulz an Sadismus leidet und sich an seinen Töchtern Therese und Lotte unsittlich vergangen hat, wird gegen ihn ein Verfahren wegen Blutschande eingeleitet werden. Schulz ist seit Oktober 1921 Witwer.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Weitere Ausdehnung der polnischen Textilkrise.** In den Textilfabriken in Zgierz ist jetzt ebenfalls eine Beschränkung der Arbeitszeit erfolgt. Acht Spinnereien arbeiten nur noch vier Tage in der Woche.

= **Eine neue polnische Waggonfabrik** ist am 25. Februar von den Ostrowiecer Hüttenwerken in Klim-Kiewiczow, Kreis Kielce, offiziell eröffnet worden. Der Bau erfolgte auf Grund eines vor zwei Jahren mit der polnischen Regierung abgeschlossenen Vertrages, die bekanntlich auch in anderen Fällen bereits große Mittel zur Verfügung gestellt hat, um den polnischen Lokomotiven- und Waggonbau zu fördern. Laut „Gazeta Warszawska" soll die erste Partie gedeckter Güterwagen, die ausschließlich aus heimischem Material hergestellt sind, bereits abgeliefert worden sein. Es handelt sich hier um das vorläufig einzige Werk in Polen, das sämtliche Waggonteile selber herstellt, da es über eigene Hochöfen, Walzwerke und Tischlerwerkstätten verfügt.

= **Der Mangel an künstlichen Düngemitteln in Polen** hat zu einem Dringlichkeitsantrag geführt, der gegenwärtig in der Landwirtschaftskommission des polnischen Landtages zur Beratung steht und eine bessere Organisierung und Beschleunigung der Versorgung mit künstlichem Dünger zum Gegenstand hat. Vor dem Kriege hat die polnische Landwirtschaft, wie wir einem Artikel des „Kurjer Poranny" entnehmen, 70 772 Waggons Phosphordünger verwendet. Die polnische Vorkriegsproduktion an Superphosphaten hat 37 720 Waggons jährlich betragen, ist aber nach dem Kriege sehr stark zurückgegangen und betrug im verflossenen Jahre nur noch 1215 Waggons. Eingeführt wurden im Jahre 1920 17 812 und im Jahre 1921 25 080 Waggons künstlichen Düngers.

= **Erhöhung der Preise für oberschlesische Kohle.** Die Preise für oberschlesische Kohle erfahren ab 10. März d. Js. eine weitere Preiserhöhung um 4450 Mark pro Tonne. Die Preiserhöhung erfolgt aus valutarischen Gründen, weil die Bergarbeiter in Ost-Oberschlesien ihre Löhne jetzt in polnischer Währung ausgezahlt erhalten.

= **Bankerott der „Polnisch-Amerikanischen Schiffahrtsgesellschaft".** Das einzige größere Handelsschiffahrtsunternehmen Polens, die „Polnisch-Amerikanische Schiffahrtsgesellschaft", ist zusammengebrochen. 40 000 Polen Amerikas verlieren damit ihr dem Unternehmen zur Verfügung gestelltes Geld.

= **Eröffnung der Breslauer Frühjahrsmesse.** Die Breslauer Frühjahrsmesse ist am Sonntag vormittag um 11 Uhr eröffnet worden. Die Zahl der beschickenden Firmen ist gegenüber der der früheren Messen noch bedeutend gestiegen. Nicht alle Antragsteller konnten die beantragten Stände bekommen. In den Preisen ist man in den meisten Branchen bescheidener geworden, um der unverkennbaren Kauflust entgegenzukommen, die sich in Breslau besser als in Leipzig und Königsberg zu zeigen scheint. Die außerordentlich zahlreichen Besucher haben am ersten Tage noch abgewartet, aber auch zahlreiche Käufer fanden sich schon ein, namentlich aus Ost- und Polnisch-Oberschlesien und dem benachbarten Tschechien. Es wurden bereits heute recht gute Aufträge erzielt.

= **Tendenz auf Schaffung großer Kapitalreserven in Italien.** Wie die Havas-Agentur meldet, haben sämtliche italienischen Kreditinstitute, die größten Banken nicht ausgenommen, bei den Abschlüssen der Rechnungen für das Jahr 1922 die Tendenz gezeigt, die Dividende für die Aktionäre nicht nur nicht zu erhöhen, sondern herabzusetzen, in bestimmten Fällen sogar die Auszahlung von Dividenden überhaupt ganz einzustellen. Man will auf diese Weise große Reserven schaffen, was im Interesse des Aufbaues der Nationalwirtschaft liegt. Die Tendenz stößt auf wohlwollende Beurteilung von seiten des Finanzministeriums.

= **Diskonterhöhung in den Vereinigten Staaten.** Die Neuyork Federal Reserve Bank hat ihren Diskontsatz um ½, auf 4½ Prozent erhöht. Die Banken der übrigen Gebiete mit Ausnahme von St. Franzisko haben sich dem angeschlossen. Der Diskontsatz von 4 Prozent hatte seit dem 21. Juni letzten Jahres Geltung.

Berliner Börsenbericht

vom 12. März.

Disk.-Komm.-Anleihe	9 750.—	Polnische Noten	46.25
Danz. Priv.-Aktienbank	6 000.—	Auszahlung Holland	8 245.—
Hartmann Masch.-Aktien	12 750.—	„ London	98 000.—
Phönix	52 000.—	„ Neuyork	20 815.—
Schuckert	36 500.—	„ Paris	1 265.—
Hapag	40 900.—	„ Schweiz	3 890.—
3½% Pos. Pfandbriefe	130.—	Ungarische Goldrente	85 000.—
Auszahlung Warschau	45.50		

Die Danziger Mittagskurse

wurden infolge einer Leitungsstörung nicht gemeldet.

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Wertpapiere und Obligationen:	9. März	12. März
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	170 +	—,—
Bankaktien:		
Bank Dysk., Bydgoszcz-Gdańsk Em.	—,—	675 + N
Kwilecki, Potocki i Ska. I.—VII. Em.	2600 + N	2600 + N
Bank Poznański I.—II. Em.	—,—	600 + N
Bank Przemysłowców I. Em.	900 + A	950-800-830 + N
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	—,—	1700—1750 + A
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII. (exkl. Zukaufsr.)	1100 + A	1100 + A
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	580 + A	550 + N
Bank Młynarzy	325 + A	—,—
Industrieaktien:		
Arcona I.—III. Em.	—,—	2100—2000 + A
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	—,—	700 + A
R. Barcikowski I.—IV. Em.	—,—	1000 + A
Browar Krotoszyński I.—III. Em.	12000-11500 + A	10500 11000 + N
H. Cegielski I.—VIII. Em.	10000 - 9500 + N	10000 - 9500 + N
Centrala Rolników I.—V. Em.	620 + N	600 625 + N
Centrala Skór I.—IV. Em.	2450—2425 + N	2300—2400 + N
Dębienko I.—II. Em.	2400 +	—,—
C. Hartwig I.—V. Em. (exkl. Kup.)	1250—1325 + A	1300—1325 + A
Hartwig Kantorowicz I. Em.	7300 + N	—,—
Hurtownia Drogeryjna	325 + A	—,—
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	375 + N	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	4000—3900 + A	3800—3750 + N
Juno	1200 + N	1200 + A
Dr. Roman May I.—IV. Em.	20 000 + A	—,—
Młyny i Tartaki Wągrow. I.—II. Em.	—,—	4000 + N
Młyn Ziemiański I. Em.	—,—	2000 + A
Płótno I.—II. Em.	1100 + N	1100—1150 +
Papiernia, Bydgoszcz (exkl. Kup.)	—,—	2000 + A
Patria I.—VII. Em.	1150—1000 + N	1000 + A
Pozn. Spółka Drzewna I.—VI. Em.	7200—6300 bis 6400 + N	6700—6100 bis 6200 + A
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	3000 + N	3300 + A
Spółka Stolarska I.—II. Em.	—,—	4000 + N
Sarmatia I.—II. Em.	2800 + N	2700 + N
Starogardzka Fabr. Mebli I. Em.	1700 + A	1500—1450 + A
Tkanina I.—III. Em.	—,—	1500—1400 + N
Tri	950 + N	950—1025 + N
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	4100 + N	4000—3800 + A
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	2100 + N	2100—2050 + N
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	—,—	14 500 + A
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	1200—1150 + N	1150 + A
Wyroby Ceramiczne, Krotoszyn I. Em.	1800 +	—,—
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em. (exkl. Bezugsr.)	5200—5000 + N	5000—4900 + N

Valuten und Devisen:

Auszahlung Berlin 215—221. Umsatz: 33 500 000 dtsch. Mk. Dollar der Vereinigt. Staaten 45 500—45 600. Franz. Franks 2750—2745. Pfd. Sterling 217 000.

A — Angebot, N — Nachfrage, + = Umsatz.

Warschauer Börse vom 12. März.

Devisen:

Belgien	2370—2400	Paris	2700—2800—2775
Berlin	2.18—2.07½	Prag	1370—1410—1400
Danzig	2.17—2.07¼	Schweiz	8435—8550—8400
London	210 000 - 222 000 - 218 000	Wien	64¼—64
Neuyork	44 500—45 800—44 000		

Berliner Produktenbericht vom 10. März.

Amtliche Produktenbörse, per 50 kg in Mark.

Weizen		**Roggenmehl**	
märkischer	36000—38000	für 100 kg	100000—110000
pommerscher	—	Weizenkleie	16000—17500
mecklenburger	—	Roggenkleie	18000—20000
Roggen		Raps	85000
märkischer	34000—35000	Leinsaat	85000
westpreußischer	—	**Hülsenfrüchte**	
ostpreußischer	—	Viktoriaerbsen	60000—70000
Gerste		kl. Speiseerbsen	50000—55000
Wintergerste	—	Futtererbsen	30000—35000
Sommergerste	—	Peluschken	70000—80000
märkische	29000—31000	Ackerbohnen	35000—38000
schlesischer	—	Wicken	55000—75000
Hafer		Blaue Lupinen	45000—55000
märkischer	27000—29000	Gelbe „	70000—90000
schlesischer	—	Serradella	75000—100000
Mais		Rapskuchen	25000
loko Berlin	42000	Leinkuchen	—
frei Hamburg	37000—37750	Trockenschnitzel	12500—13500
Weizenmehl		Zuckerschnitzel	19000—21000
für 100 kg	110 000—120 000	Torfmelasse	7000—8000
		Kartoffelflocken	17000

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Ausgabestellen des „Posener Tageblatts".

Innere Stadt:

Ulica Wjazdowa (Am Berl. Tor) 8: **Evgl. Vereinsbuchhdlg.**
Plac Św. Krzyski (Petriplatz) 3: **Kwaśniewski.**
Ulica Strzelecka (Schützenstr.) 28: **Hoffmann.**
Wały Jagiełły (Karmeliterwall) 2a: **Baerwald.**
Rybaki (Fischerei) 10: **Karpinska.**
Plac Sapieżyński (Sapiehaplatz) 7: **Bienkowski.**
Św. Wojciech (St. Adalbertstr.) 2: **Czarny.**
Ulica Wodna (Wasserstr.) 5: **Manke.**
Ulica Wielka (Breite Straße) 28: **Błaszczyk.**
Wolnica (Wronker Platz) 4/5: **Podolski.**
Stary Rynek (Alter Markt) 6/7: **Gumnior.**
Stary Rynek (Alter Markt) 45: **Goldenring.**
Ulica Wroniecka (Wronker Straße) 4: **Michalowski.**
Ulica Mokra (Nasse Gasse) 1: **Toepper.**
Ulica Flisacza (Schifferstr.) 17: **Jendrusiak.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 33: **Hoffmann.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 44: **Gumnior.**
Ulica Sew. Mielżyńskiego (Viktoriastr.) 22: **Rymarowicz.**
Plac Nowomiejski (Königsplatz) 9: **Małachowski.**
Ulica Działyńskich (Naumannstraße) 1: **Gilewski.**
Ulica Działyńskich (Naumannstr.) 6/7: **Szeląg.**
Aleje Marcinkowskiego (Wilhelmstr.) 25: **Grubert.**
Ulica Pocztowa (Friedrichstr.) 22: **Chmilewska.**
Wielkie Garbary (Gr. Gerberstr.) 34: **Andrych.**
Małe Garbary (Kl. Gerberstr.) 8: **Spiączkówna.**
Chwaliszewo (Wallischei) 4: **Brabänder.**
Chwaliszewo (Wallischei) 9: **Wunsch.**
Chwaliszewo (Wallischei) 73: **Winkler.**

Jersitz:

Ulica Grunwaldzka (Aug.-Viktor.-Str.) 25: **J. Dymek.**
Ulica Jeżycka (Jersitzer Str.) 41: **Kaczor.**
Ulica Dąbrowskiego (Gr. Berl. Str.) 9/11: **Dluzewska.**
Ulica Kraszewskiego (Hedwigstr.) 9a: **Baensch.**
Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 24: jetzt **Antoni Duber** früher **Müller.**
Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 8: **Selzer.**
Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 32: **Gronek.**
Ulica Patrona Jackowskiego (Nollendorfstr.) 30: **Adamczak.**
Ulica Poznańska (Posener Str.) 52: **Kleczewski.**

St. Lazarus

Ulica Niegolewskich (Augustastr. 7): **Smigaj.**
Ulica Głogowska (Glogauer Str.) 76: **Adamczewski.**
Ulica Głogowska (Glogauer Str.) 101: **Schleh Nachf.**
Ulica Wyspiańskiego (Hardenbergstr.) 5: **Błażejewicz.**
Ulica Śniadeckich (Herderstr.) 1: **Roman Zygulski.**
Ulica Kanałowa (Kanalstr.) 4: **Olejnik.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 24: **Jankowiak.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 25: **Walczak.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 7: **Woroch.**
Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 11: **Staszewski.**
Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 66: **Ledworowski.**
Ulica Kolejowa (Bahnstraße) 43: **Urbaniak.**
Rynek św. Łazarska (Lazarusmarkt) 3: **Motylewski.**

Wilda:

Ulica Poplińskich (Am Rosengarten) 5a: **Lewicki.**
Wierzbięcice (Bitterstr.) 59: **Freund.**
Wierzbięcice (Bitterstr.) 16: **Szafrański.**
Ulica św. Czesława (Capristr.) 14: **Pohl.**
Ulica Gen. Prądzyńskiego (Gneisenaustr.) 47: **Nagler.**
Ulica Gen. Prądzyńskiego (Gneisenaustr.) 56: **Tasiemski.**
Ulica Żupańskiego (Hohenlohestr.) 6a: **Riedel.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 54: **Anderis.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 94: **Baranowska.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 117: **Żeliński.**
Ulica Przemysłowa (Margaretenstr.) 34: **Wosinski.**
Ulica Rożana (Rosenstr.) 5: **Pieprzyk.**
Ulica Fabryczna (Fabrikstr.) 13a: **Łopata.**

Der Bezugspreis für das **„Posener Tageblatt"** beträgt bei den Ausgabestellen für **März 7800.— Mk.**

Bestellungen werden in allen vorstehenden Ausgabestellen entgegengenommen sowie in der **Hauptgeschäftsstelle** Poznań W3 **Ul. Zwierzyniecka (Tiergartenstr.) 6. Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts".**